

Hildesheim. Am 24.2. gingen so viele in Hildesheim auf die Straße, wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Die Polizei sprach von 4500 Teilnehmern, die dem Aufruf von über 50 Organisationen, Verbänden, Institutionen, Gewerkschaftern und Personen gefolgt waren.

Der Aufruf war überschrieben: „Hildesheim zeigt Zivilcourage – gegen Nazis“. Den Aufruf hatten neben GRÜNEN, WASG, Linkspartei. und Linke Alternative Hildesheim, Sozialdemokraten und



Riefling und Worch

Autonomen, Gewerkschaften wie IG Metall und ver.di, und der DGB unterzeichnet. Die katholische und evangelische Kirche, die alevitische und die jüdische Gemeinde ebenso. Neu: bei Gottesdiensten gab es Aufrufe zur Teilnahme. CDU und FDP und die bürgerlichen Bündnis! und BAH hielten sich aber raus. Der Oberbürgermeister (Bündnis! –eine Abspaltung von der CDU) rief allerdings auf dem „Hildesheim muckt auf“ Konzert am Vortrag zur Demonstration auf. Der Aufruf postulierte: Es sollten alle politischen und rechtlichen Mittel versucht werden, um den Naziaufmarsch zu verhindern. „Faschismus ist keine Meinung – sondern ein Verbrechen“. Gefordert wurde ein Verbot faschistischer Organisationen unter Nutzung des Art. 139 GG.

Vorgeschichte für die Anmeldung der Rechten-, Demonstration gegen Repression und Polizeiwillkür“ durch Christian Worch war die Verhinderung eines Skinhead-Konzertes durch die Polizei ebenso wie die Vereitelung eines als Geburtstags-

Inhalt:

Le Pen vor den Wahlen: Hätten Sie mal 'ne Unterschrift 9
150 afghanische Familien von Abschiebung bedroht 12

Weit über 4000 demonstrieren Zivilcourage gegen Nazis

feier von Dieter Riefling von der „Bürgerinitiative für Zivilcourage Hildesheim“ getarnten „Zeitzeugenabends“ durch Polizei und einen wachsamem Gastwirt im letzten Dezember. Riefling versuchte es, nachdem er in Rheden in einer Gaststätte gescheitert war, in Lübrechtsen. Er erschien mit zwei kleinen Kindern, um einen harmlosen Eindruck einer Familienfeier zu erzeugen. Die Gemeindeangestellte schöpfte keinen Verdacht und vermietete das Dorfgemeinschaftshaus. Der Polizeiinspektionsleiter Ippensen informierte die Gemeindegemeinderin und

werden. Es sprachen u.a. der IG-Metall-Berzirksleiter Hartmut Meine, die Europaabgeordnete der Linkspartei, PDS Felkna Uca, die Bundestagsabgeordnete Brigitte Pothmer von den Grünen, der Landessuperintendent der evangelischen Kirche, der Katholische Domdechant und viele andere. Von mehreren Rednern wurde das erneute Einleiten eines Verbotsverfahrens gegen die NPD gefordert. Da 1700 Landespolizisten und 500 Bundespolizisten in Hildesheim die Route der Nazis hermetisch abschotteten, konnte die antifaschistische Demonstration trotz ihres



Rock gegen Rechts am Vorabend der Demonstration

den Gemeindegemeinderin in Hoyershausen, die auf keinen Fall eine rechte Veranstaltung dulden wollten und den Vertrag kündigten.

Die Stadt Hildesheim sah sich nicht in der Lage, die Nazidemonstration am 24.2. zu verbieten. Neben Worch riefen verschiedene Teile seines im „Nationalen Widerstand“ zusammengefassten nationalsozialistischen Netzwerkes auf: u.a. die obskuren von dem wegen Übertretung des FAP-Verbots vorbestraften Dieter Riefling forcierten Tarnorganisationen namens „Bürgerinitiative für Zivilcourage Celle“ etc. und andere der NPD nahe stehenden Vorfeldorganisationen wie auch einige NPD-Kreisverbände und Bezirke. Sie erteilte allerdings Auflagen, welche die Route einschränkte, oder zum Beispiel Kampfstiefel verbot.

Auf Seiten der Gegendemonstration konnten prominente Redner gewonnen

großen politischen Gewichts die Nazidemonstration nicht verhindern. Doch viele Kaufleute sind sauer, dass wegen des Gewährlassens der Nazis infolge der weiträumigen Absperrungen durch die Polizei die Innenstadt für Stunden nicht erreichbar war für Konsumenten. Erhebliche Umsatzeinbußen führten dort zu Stellungnahmen in die Richtung, dass so was nicht noch mal vorkommen sollte. Für viele war ab 12 Uhr Ladenschluss.

Auf Seiten der etwa 170 Nazis redeten am Bahnhof: Ricarda Riefling (Gemeinschaft deutscher Frauen), Dennis Bühring (Celle) und Sascha Krolzig. Bei der „Zwischenkundgebung“ sprach Dieter Riefling. Er drohte dem Polizeiinspektionsleiter Uwe Ippensen mit Dienstenthebung.

weiter Seite 2

„Zivile Koalition“ mobilisiert

BERLIN. Im März will eine „Zivile Koalition für Deutschland e.V.“ in Berlin beginnen, mit Informationsständen gegen „den Reformstillstand der Merkel-Regierung“ zu protestieren. Der konservative Verein unter dem Vorsitz von Beatrix Herzogin von Oldenburg tritt für „ein klares und gerechtes Steuersystem“, den „Stop der galoppierenden Staatsverschuldung“, für Bürokratieabbau, eine „Reform der politischen Entscheidungsstrukturen“ wie die „Direktwahl der Bundestagsabgeordneten“, höhere Investitionen in Bildung und Forschung und die „Förderung der Familie als Kern einer funktionierenden Gesellschaft“ ein. In einer Postkartenaktion an Bundeskanzlerin Merkel und Bundespräsident Köhler wird der „Sanierungsfall“ Deutschland beklagt, ein Ende der „Sandkastenspiele“ der Politik und die „so dringend nötigen Reformen“ gefordert. Unterstützen will man vor allem den „Reformkurs“ Köhlers, der angeblich von einer „absoluten Mehrheit“ der BürgerInnen unterstützt werde und den die „Zivile Koalition“ auch gerne in einer zweiten Präsidentschaftsperiode sehen würde. Dies bedürfe aber eines „klaren Zeichens aus der Zivilgesellschaft an die politische Klasse“. Die „Verknöcherung der politischen Entscheidungsstruktur“ sei nicht mehr parteipolitisch, sondern nur noch „zivilgesellschaftlich aufzubrechen“. Die da heute auf die Straße gingen, wie z.B. „Atomkraftgegner“ und „Gewerkschaften“ würden „jeden Gedanken an etwas mehr Freiheit und Eigenverantwortung mit der sozialen Gerechtigkeits-Keule niederbrüllen“. Nun müsse auch „das andere Lager“ in „der Öffentlichkeit sichtbar“ werden. In einem ersten Schritt hofft man „eine Kernbasis von 80.000 bis 100.000 Menschen“ für die „Zivile Koalition“ zu gewinnen. Gerne verweist man dabei auf die guten Erfahrungen des „zivilen Lagers“ mit Initiativen dieser Art in den USA. Bereits im Januar hatte der Verein angegeben, über die Adressen von „über 500.000 Menschen“ zu verfügen, „die das gleiche Ziel“ hätten.

Geplant ist, die „Aktion Infostände“ bundesweit auszubauen und auch in Hamburg, Leipzig, Köln, Dresden, München usw. bekannt machen zu können. Als Sprecherin des „Göttinger Kreis – Allianz für den Rechtsstaat“ hatte Frau von Oldenburg schon vor Jahren gegen das angebliche „Enteignungsunrecht“ der Boden- und Industriereform im Osten Deutschlands nach Ende des 2. Weltkrieges gestritten. So viel Reform soll es dann nun doch nicht sein. In einem Interview mit der rechten Wochenzeitung

Riefing kündigte Dipl.-Ing. Reinhold Leidenfrost, Jagdflieger des 2. Weltkrieges als Offizier der Wehrmacht an. Der Zeitzeuge, der im Dezember im Landkreis Hildesheim bei dem als Geburtstagsfeier getarnten Zeitzeugenabend nicht zum Zuge kam. Leidenfrost hielt eine Hetzrede. Er bezeichnete die Aussage: „Nationalsozialismus ist ein Verbrechen“ als „zweckgebundene Lüge“. Er sprach vom „Abwehrkampf“ der Jagdflieger unter dem „Führer“ („unser Adolf Hitler“) gegen die „kapitalistischen Terrorbomber“, bezeichnete Churchill als Kriegsverbrecher. Die BRD sei nicht Deutschland geworden, sie besäße keine Legitimation

„Junge Freiheit“ im vergangenen Jahr bezeichnete sie das „Enteignungsunrecht“ als eine „politische Verfolgung“. Schon 2001 hatte die in Lübeck geborene Juristin an einer Feier der Wochenzeitung aus Anlass ihres 15-jährigen Bestehens in Berlin teilgenommen. Die Beirats-Mitglieder der „Zivilen Koalition“, Karl Feldmeyer und Dr. Klaus-Peter Krause gehören gelegentlich zu den Autoren des rechten Blattes. Beide waren in der Vergangenheit für die großbürgerliche „FAZ“ tätig und nahmen im Jahr 2005 am Sommerfest der „Jungen Freiheit“ teil. hma ■

Expansion ins Ruhrgebiet

KÖLN/NRW. Nachdem Akteure aus dem Spektrum der extrem rechten „Bürgerbewegung pro Köln“ im Februar eine „Bürgerbewegung pro NRW e.V.“ gegründet hatten, um das „Machtkartell der Altparteien“ aufzubrechen, setzt sich der Aufbau lokaler Ableger fort. So wurde nach Oberhausen und Gelsenkirchen nun auch in Bottrop eine „Bürgerbewegung“ im Stil von „Pro Köln“ gegründet. Etwa zwei Dutzend Teilnehmer wählten den Bezirksvertreter Dipl. Ing. Josef Scholand (52), noch 2005 Landtagskandidat der sog. „Republikaner“, zum Vorsitzenden des örtlichen Ablegers. Als weitere Vorstandsmitglieder wurden Anneke Rössler, Knut Schindel, Roland Weiner und Bernd Groschwald gewählt. Künftig will sich „Pro Bottrop“ mit Themen zu „sozialen und städtebaulichen Aspekten“ sowie mit „Überfremdung und Kriminalität“ befassen.

„Viel politischen Erfolg“ wünscht dem Bottroper Ableger auch der Vorsitzende der „Bürgerbewegung pro Gelsenkirchen“, Kevin Gareth Hauer. Burschenschafter Hauer wurde für die sog. „Republikaner“ in den Rat der Stadt gewählt und gehörte in NRW zu den Kritikern des Kurses von „Republikaner“-Chef Schlierer. Berührungängste zur neofa-

durch das Volk (Beifall) – nur Organisation einer Fremdherrschaft. Seine Hassreden gipfeln unter Beifall der anwesenden Faschisten: „Es lebe die Wiederauferstehung des Deutschen Reiches“.

Weitere Redner waren: Christian Worch, Hans-Gerd Wiechmann, NPD – vormals niedersächsischer Landesvorsitzender der Republikaner, Silvio Reinhold, Hartmut Wostupatsch, sowie Alexander Hohensee.

Das Bündnis gegen Rechts will weitermachen, um den örtlich operierenden Nazis das Handwerk zu legen.

raj ■

(Quellen: Material der Pressekonferenz des Bündnisses gegen Rechts am 19.2., Presseinformation der Polizeiinspektion Hildesheim vom 2.12.06, sowie Reden von Riefing und Leidenfrost.)

schistischen NPD scheint er nicht zu kennen. So gab er kürzlich dem NPD-Organ „Deutsche Stimme“ ein langes Interview. Ein anderer bekannter Schlierer-Kritiker, der Düsseldorfer Rechtsanwalt Dr. Björn Clemens, bis Ende 2006 noch Mitglied des Bundesvorstandes der „Republikaner“, leitete jüngst die Gründungsversammlung der „Bürgerbewegung pro NRW“. Als Organisationsleiter der neuen, landesweiten Formation fungiert Daniel Schöppe aus Dormagen. Der gehörte, wie auch eine Reihe anderer Akteure von „Pro Köln“, zu Beginn der 90iger Jahre der neofaschistischen „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) und zuletzt ebenfalls den Schlierer-Kritikern bei den „Republikaner“ an. peb ■

Rechtsextreme planen Proteste gegen G8-Gipfel in Heiligendamm

BERLIN. Rechtsextreme planen Proteste gegen den im Juni stattfindenden G8-Gipfel in Heiligendamm. Das bestätigte die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke (BT-Drucksache 16/4141):

Rechtsextreme Gruppierungen versuchen seit längerem, das Thema Globalisierungskritik mit nationalistischen Lösungen von rechts zu besetzen. Der kommende G-8-Gipfel im Juni in Heiligendamm werde zum „Kristallisationspunkt nationaler Oppositionspolitik“, so der Generalsekretär der NPD, Peter Marx.

Den Auftakt der rechtsextremen Mobilisierung macht am 17. Februar ein im Raum Riesa oder Plauen stattfindender Kongress der jungen Nationaldemokraten Sachsens zum Thema „Damit der Wind sich dreht: Globalen Kapitalismus angreifen. Überall kämpfen Völker für die Freiheit der Nation.“

Anschließend stellt der NPD-Kreisverband Wartburgkreis seine „3. Nationale Kaffeefahrt“ unter die Devise „Re-

gional statt Global“. An der vom örtlichen NPD-Aktivisten Patrick Wieschke als Demonstration angemeldeten Fahrt durch die Orte Gerstungen, Vacha, Tiefenort und Kaltennordheim werden am 24. Februar 30 bis 50 Personen teilnehmen. (Beides hat inzwischen stattgefunden, d. Red.)

Am 1. Mai stellt der thüringische Landesverband der NPD eine Demonstration mit 200 bis 400 Teilnehmern in Erfurt unter die Losung „Zukunft statt Globalisierung – Arbeit für Millionen statt Profit für Millionäre.“ Anmelder ist Patrick Wieschke vom NPD-Landesverband Thüringen.

Schließlich hat Stefan Köster vom NPD-Parteivorstand für den 2. Juni im Namen des NPD-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern eine Demonstration in Schwerin angemeldet. Die Demo mit erwarteten ca. 1500 Teilnehmern steht unter der Losung „Nein zum G8-Gipfel! Für eine Welt freier Völker.“

In Internetforen würden Neonazis außerdem diskutieren, ob sie sich – statt an der NPD-Demonstration am 2. Juni in Schwerin – an Aktionen von Linken gegen den G8-Gipfel beteiligen sollten. Dabei würden sowohl „Deals“ mit Linken, die im Rahmen einer Querfrontstrategie auf eine Kooperation in diesem Einzelfall abzielten, als auch das verdeckte Einsickern in linke Veranstaltungen thematisiert. Zudem diskutierten Aktivisten der neonazistischen „Freien Kameradschaften“ im Internet unter der Parole, „G8 2007 rocken!“, wie sie den G8-Gipfel zerschlagen oder wenigstens behindern könnten.

Die Organisatoren der rechtsextremen Proteste präsentierten sich in erster Linie als Gegner der Globalisierung und „der aus ihrer Sicht vermeintlich negativen Auswirkungen für die nationale Identität und das deutsche Volk“, heißt es in der Antwort der Bundesregierung. Zudem übten sie Kritik am System der freien Marktwirtschaft, die sie als asozial brandmarkten. Die NPD im Speziellen geriere sich im Vorfeld des G8-Gipfels „als Vertreter der sozial benachteiligten und ordnungsliebenden Deutschen, indem sie u.a. die hohen Kosten des G8-Gipfels im Angesicht von Hartz IV und des von ihr behaupteten wirtschaftlichen Niedergangs in Teilen der Bundesrepublik anprangert oder in Szenarien das Bild von vandalierenden, außer Kontrolle geratenen Linken zeichnet.“

Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung hatte am 24. Dezember 2006 berichtet: Ein Hauptmann der Bundeswehr, einsatzerprobt in Afghanistan, werde derzeit von der NPD in Dresden geschult, um die rechtsextremen Protestaktionen gegen den G-8-Gipfel zu koordinieren. Auf Frage, welche Erkenntnisse zu diesem Hauptmann vorlägen, ob er



Schüler gegen „Pro Köln“



Ein voller Erfolg – rund 1800 Schülerinnen und Schüler nahmen an der Demonstration des Bündnisses „Schüler gegen rechts“ am 3. März teil, zogen trotz strömendem Regen durch die Kölner Innenstadt. Die Demonstration soll Auftakt zu weiteren Aktionen sein, so die BezirksschülerInnenvertretung Köln. www.sgr-demo.de ■



Fotos: www.arbeiterfotografie.com

noch im aktiven Dienst der Bundeswehr oder Reservist sei und welche disziplinarrechtlichen Schritte wegen seines Engagements in rechtsextremen Kreisen eingeleitet oder geplant seien, heißt es in der Antwort der Bundesregierung lediglich: „Die Bundesregierung nimmt keine Stellung zu Sachverhalten, die Gegenstand laufender Ermittlungen sind.“

Di., 13.2.2007, PM Ulla Jelpke ■

Trotz Gedenktag – Naziaufmarsch

FRANKFURT/ODER. Den Neofaschisten um Holger Apfel (NPD) wurde am 27. Januar, dem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, dem Internationalen Gedenktag an den Holocaust, der Weg durch Frankfurt (Oder) von der Polizei freigemacht. In großer Zahl bekundeten die Bürgerinnen und Bürger der Stadt, dass sie die Neofaschisten nicht wollen, nirgendwo. Eine „Meile der De-



mokraten“ setzte Farben gegen das einfältig Braune. Vom Bund der Antifaschisten Frankfurt (Oder) wurde die Meile genutzt, das Anliegen der Kampagne „nonpd“ den Menschen nahe zu bringen. Mit ihrer Unterschrift bekundeten Bürgerinnen und Bürger noch unter dem Eindruck des frechen und anmaßenden Auftretens der Neofaschisten, dass sie ein Verbot der NPD unterstützen. Zu den Unterzeichnern gehören Landtagsabgeordnete und führende Kommunalpolitiker und Stadtverordnete ebenso, wie Angehörige der Jüdischen Gemeinde zu Frankfurt (Oder), Schülerinnen und Schüler, Studierende, Lehrer, Beamte, Pfarrer, Arbeitssuchende, Rentnerinnen und Rentner. Viele von ihnen trugen den Button mit dem Logo „nonpd NPD-Verbot jetzt“.



Die Kampagne fand auch beachtliche Zustimmung bei Teilnehmern der Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am Nachmittag im Frankfurter Rathaus. Es wurden am 27. Januar insgesamt 464 Unterschriften gesammelt.

Gerhard Hoffmann
www.npd-verbot-jetzt.de ■

Gemeinsam gegen Rechts: ver.di führt Aktivitäten zusammen

BERLIN. „Es gibt zahlreiche und vielfältige Aktivitäten von ver.di gegen Rechts-Extremismus und Rassismus. Wichtig ist es nun, diese miteinander zu vernetzen und den Erfahrungsaustausch der Akteure untereinander zu fördern“ – das ist das Ergebnis eines Workshops Ende letzten Jahres in der ver.di Bundesverwaltung.

Die Veranstaltung fand großen Zuspruch – über 60 Delegierte aus den Bezirken und Landesbezirken waren ange-reist. Die Autoren der Studie „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“ stellten nochmals die Ergebnisse ihrer Untersuchung vor und formulierten erste Handlungsempfehlungen für eine gewerkschaftliche Praxis. Die Gewerkschaften müssten den „Kampf um die Köpfe“ ernster nehmen, die Partizipation ihrer Mitglieder fördern, und gegenüber rechtspopulistischen Deutungen und Stammtischparolen noch deutlicher Stellung beziehen.

Im Mittelpunkt des Workshops standen jedoch die vielen Kurzberichte aus den unterschiedlichen Gliederungen und Regionen, die einen ersten bunten Überblick über bestehende Projekte gaben. Diese reichten von der Antirassismuskonferenz der ver.di Jugend über Bündnisarbeit, Demonstrationen, Vorträge, Lesereihen, Postkarten bis hin zu Gedenkstättenfahrten und betrieblichen Workshops für Auszubildende. Auch der Kumpelverein, der in etlichen Punkten eng mit ver.di zusammenarbeitet, stellte seine Arbeit vor.

Von den Teilnehmenden wurde deutlich der Bedarf nach regelmäßigem Austausch formuliert. Perspektivisch soll die Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus bei ver.di verstetigt werden durch regelmäßige Treffen in Form eines

Arbeitskreises, der von der Bundesverwaltung mit erforderlichen Ressourcen unterstützt werden soll. Der Arbeitskreis soll dabei jedoch keine Doppelstruktur zu den bereits bestehenden Arbeitskreisen im Bereich Migration sein, wie einstimmig betont wurde, sondern in Zusammenarbeit mit diesen eine notwendige Ergänzung darstellen.

Kontakt: Bundesverwaltung Ressort 1, Politik und Planung

Quelle: Aktiv + Gleichberechtigt 2-07 ■

Bündnis gegen neue Nazi-Hochburgen in Soltau-Fal-lingbostel und Umgebung

Seit der Existenz des Nazi-Zentrums Heisenhof in Dörverden haben Aktivitäten, Anhangbildung und Einfluss von Nazis auf Jugendliche im Raum zwischen Verden - Nienburg - Walsrode - Celle - Soltau - Stade - Rotenburg stark zugenommen. In vielen Orten sind Kameradschaften, Parteizellen, lockere Gruppen entstanden. Selbst in Kleinstädten wie Rethem oder Visselhövede ist das zu spüren.

Im Bündnis mit vielen Gruppen, Gewerkschaften, Parteien laden wir aus aktuellen Anlässen zu 2 Veranstaltungen ein:

1. Information über die Nazi-Szene vor Ort und in der Umgebung, ihre Aktionen, Inhalte, Vernetzung usw. André Aden, freier Journalist, hält einen Vortrag mit vielen Fotos, Freitag 9.3.07 19 Uhr Soltau, „Roter Bahnhof“ im Bahnhof
 2. Information über den „Bund für Gott-erkenntnis (Ludendorffer)“ mit dem Journalisten Andreas Speit (taz etc.) und Pastor Jürgen Schnare, Weltanschauungsbeauftragter der Ev. Landeskirche, Donnerstag 15.3.07 19 Uhr Dorfmark, Nutzung des Evangel. Gemeindehauses ist angefragt, Raum bitte erfragen bei Tel. 05163-2900120
- Seit Jahrzehnten halten die Ludendorffer in Dorfmarker Hotels und Pensionen ihre Ostertagung ab. Darunter sind viele Kinder und Jugendliche sowie bekannte Nazigrößen (2006 u.a. Steffen Hupka). Der germanengläubige „Bund für Gott-erkenntnis“ unterteilt Menschen in „Licht- und Schattenrassen“ und propagiert das „Recht des Stärkeren“. Vor Ort gibt es Mitglieder und gute Verbindungen zu Honoratioren. H-D Charly Braun ■

Le Pens Show in Lille: Mit neuem Wahlprogramm, ohne Mégret

FRANKREICH. Am Wochenende des 24./25. Februar hielt Jean-Marie Le Pen

Nazidemo in Augsburg

vor circa 2.500 Gästen, die sich zuvor namentlich anmelden mussten, seine zweite Großveranstaltung im diesjährigen Präsidentschaftswahlkampf ab. Im November war der „Präsidentschaftskonvent“ auf dem ehemaligen Flughafengelände in der Pariser Vorstadt Le Bourget (an dem man ohne Anmeldung teilnehmen konnte) mit circa 5.000 Teilnehmern vorausgegangen. Dieses Mal fand die Le Pen-Show im nordfranzösischen Lille statt. In derselben Stadt demonstrierten, am Samstag des o.g. Wochenendes, rund 3.000 Menschen gegen die rechtsextreme Veranstaltung.

Anlässlich der Großveranstaltung in Lille stellte Jean-Marie Le Pen sein diesjähriges Wahlprogramm vor. In seiner Programmrede bemühte er sich, intensiv wie seit längerem nicht mehr, um soziale Demagogie. Er grüßte (fast wortgleich mit einer Formel vom 21. April 2002, an dem er damals in den zweiten Wahlgang einzog) „die Kleinen, die Unsichtbaren, jene ohne Auszeichnung“ und fügte „in Armut lebende Arbeiter oder Rentner“ hinzu. Er geißelte einen „räuberischen Kapitalismus“ in Gestalt der „Globalisierung, die unter allen Regierungen beschleunigt vorangetrieben wird“. Und er begrüßte sogar „jene, die in schwerem Kampf wesentliche Rechte der Arbeitenden den Patrons von Gottes Gnaden abgerungen“ haben.

Weniger salbungsvoll und sozialdemagogisch fällt das reale Programm aus, das Le Pen am selben Wochenende vorstellte. Darin wird unter anderem „die Abschaffung der Zwänge, die auf den Unternehmen und insbesondere den mittelständischen Betrieben lasten“ gefordert. Jean-Marie Le Pen präsentiert sich darin als der Kandidat, der „die Arbeit befreien“ will, und zwar „vom Etatismus und dem Reglementarismus“. Die Arbeit gilt es demnach zu „befreien“, nicht den Arbeiter oder die Arbeiterin! Das gesetzliche Mindestalter für die Rente soll von derzeit 60 Jahren auf 65 Jahre angehoben werden, und im Bildungswesen sollen 20.000 Arbeitsplätze abgeschafft werden (die konservative Regierung strich im laufenden Jahr ihrer 5.500).

Bruno Mégret zog es schlussendlich vor, dieser zweiten Großveranstaltung Le Pens im Wahlkampf fernzubleiben. Er hatte (nach seiner „Aussöhnung“ mit Le Pen, die am 20. Dezember 06 vor den Kameras zelebriert wurde) sein Kommen angekündigt. Einige FN-Kader wie Carl Lang wollten ihn sogar auf der Veranstaltung reden lassen. Aber die „Modernisten“ um Marine Le Pen und den ihr nahe stehenden, jungen FN-Generalsekretär Louis Aliot haben es durch ihr systematisches Mobbing geschafft, ihn erfolgreich fortzuekeln.

Die „Wiedervereinigung“ der französischen extremen Rechten scheint nicht wirklich angesagt.

BhS, Paris ■

AUGSBURG. Am 24.2. hielten etwa 80 Neonazis eine Gedenkemonstration zum „alliierten Bombenterror“ ab. Hintergrund war die Bombardierung der Rüstungsstadt Augsburg am 24./25. Februar 1944. Gegen den Naziaufmarsch hatten das Antifaschistische Aktionsbündnis, deren Kundgebung von der Stadt aufgrund der Nähe zur Nazi-

ten, wurden sie bereits von mehr als 1500 Gegendemonstranten empfangen. Roland Wuttkes Rede wurde so laut ausgepfiffen, dass es selbst für Menschen, die ihn hätten hören wollen, unmöglich war, etwas zu verstehen.

Nach ca. 45 Minuten bewegte sich der rechte Zug in Richtung Theater, wo sich zwischenzeitlich eine weitere Sitzblo-



route verboten worden war und später auch die Stadt mobil gemacht. Diese hielt eine Kundgebung auf dem Martin Luther Platz ab, auf dem neben Oberbürgermeister Wengert, dem Bundestagsabgeordneten Paula und der Grünenvorsitzenden Claudia Roth auch ein Redner des Antifaschistischen Aktionsbündnis sprechen sollte.

Im Vorfeld hatte sich eine Initiative gegründet, die zur friedlichen Blockade des Naziaufmarsches aufrief. Unterstützt wurde der Aufruf von den Grünen, der PDS und verschiedenen Augsburger Organisationen. Am Tag der Nazidemo selbst fanden sich ab 10 Uhr etwa 400 Menschen auf der Kundgebung am Martin Luther Platz ein, von denen viele sich aber relativ schnell auf den Weg Richtung Jakobervorstadt machten, wo sich an der Jakoberkirche eine Sitzblockade bildete, die eine der beiden Straßen, die die Nazis in die Innenstadt führte, blockierte. Leider mangelte es etwas an Entschlossenheit weswegen der Polizei Zeit blieb, die Naziroute mit Doppelreihen USK zu schützen.

Als die Nazis sich dann am Jakobertor in Bewegung setzten war die Strecke gesäumt von knapp tausend Menschen, die lautstark ihren Unmut zum Ausdruck brachten. Durchbruchversuche von Antifaschisten wurden von der Polizei brutal zurückgeschlagen, wobei es mehrmals zu Schlagstockeinsatz kam. Als die Nazis später den Rathausplatz erreich-



ckade gebildet hatte, die allerdings bis zum Eintreffen der Nazis aufgelöst war. Am Königsplatz schließlich endete der Marsch, allerdings nicht ohne massiven Reizgaseinsatz der Polizei.

Sichtlich enttäuschte und eingeschüchterte Nazis ließen sich von der Polizei zum Bahnhof eskortieren; der rechte Spuk war für diesen Tag vorbei.

Als Fazit bleibt, dass nur aufgrund von teilweise schikanösem und massivem Vorgehen der Polizei der Naziaufmarsch nicht blockiert werden konnte, dass es aber trotzdem kein guter Tag für NPD und Co. in Augsburg war.

nach Berichte aus Augsburg und Schwaben 5-2007 ■

Von den Behörden toleriert: NPD-Veranstaltung mit rechtsextremem Sänger

Die Vorgänge um das Konzert des Nazibarden Renniecke am 16.2. in der Stadiongaststätte des VfL Sindelfingen zeigen, wie dringend notwendig eine gesellschaftlich und öffentlich geführte Auseinandersetzung um ein Verbot der NPD und aller Naziumtriebe ist.

Der Landessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten, Reinhard Hildebrandt, stellt dazu fest: Der eigentliche Skandal ist, dass hier Staatsanwaltschaft, Ordnungsamt und Polizei zusammengearbeitet haben, um die NPD-Veranstaltung geheim zu halten. Unter ihren Augen und denen des Verfassungsschutzes (VS) wird der NPD und ihren Protagonisten ein geschützter Raum zur Verbreitung ihrer menschenverachtenden Ideologie geboten und damit direkt Aufbauhilfe für Nazistrukturen geleistet. Die NPD bedankt sich denn auch artig auf ihrer regionalen Homepage bei der Polizei für das „Reinigen“ der Stadt von Zecken und Pöbel. Darunter verstehen die Nazis u.a. Linkspartei und SPD.

Die Fakten: Seit Wochen warb die rechte Szene für einen Auftritt von Renniecke in Stuttgart. Der genaue Ort seines Auftritts wird aber nicht bekannt gegeben. Wie auch der Polizei bekannt sein dürfte (nicht zuletzt durch die Vielzahl der V-Leute des VS in Naziorganisationen), versuchen die Nazis durch ein aufwendiges Netz von Schleusern „unliebsame Gäste“ von ihren Veranstaltungen fern zu halten. An diesen „Schleuserpunkten“ werden Gäste geprüft und die Logistik bereitgestellt, um sie an den geheim gehaltenen Veranstaltungsort zu bringen.

Auf der am 16.2. u.a. von Solid, Jusos und Antifaschistischem Aktionsbündnis abgehaltenen Kundgebung in Stuttgart sickerte durch, dass Renniecke wohl im Raum Sindelfingen/Böblingen auftreten werde. Daraufhin machten sich einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Kundgebung dorthin auf, um ihren Protest gegen ein Auftreten des als solchen verurteilten Volksverhetzers Renniecke anzumelden. An der S-Bahnhaltestelle Goldberg wurden die Protestierenden von einem massiven Polizeiaufgebot in Empfang genommen, festgenommen, an Zäune gestellt, durchsucht und schließlich unter Begleit-, „schutz“ in den S-Bahnhof gedrängt und Richtung Stuttgart und Herrenberg verfrachtet.

Derweilen nahm das als Kostümfest getarnte Nazikonzert in der weitab von der S-Bahn gelegenen Stadiongaststätte des

VfL Sindelfingen seinen ungestörten Verlauf. Zum einzigen Zwischenfall kam es gegen 2.30 Uhr, als Teilnehmer des Nazifaschings von jungen Leuten angegriffen wurden. Die Polizei spricht von zwei leicht verletzten Nazis, 7 Personen seien festgenommen worden, die bis Samstagvormittag in Haft gehalten wurden. Die Polizei hatte gegenüber der Presse im Einvernehmen mit der Staatsanwaltschaft Stuttgart bis Montag eine Nachrichtensperre verhängt. Als dann die Presse informiert wurde, war der Polizei der Hinweis besonders wichtig, dass die Nazigegner mit Steinen, Schlagstöcken und Pfeffer-



Bild von der Demonstration in Hildesheim am 24.2.2007

sprays bewaffnet gewesen seien. Das Sindelfinger Ordnungsamt ließ erklären, der Auftritt von Renniecke sei eine „private Veranstaltung“ gewesen (StZ Vom 20.2.2007) Wenn wir diese Fakten bewerten, kommt die VVN-BdA zu folgendem Schluss:

Staatsanwaltschaft Stuttgart, Ordnungsamt Sindelfingen und die Polizei wussten vom Auftritt von Renniecke und waren bemüht, einen ungestörten Ablauf der Naziveranstaltung zu gewährleisten.

Der Pächter der Stadiongaststätte des VfL Sindelfingen hat den Nazis seine Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt und sie bewirtet. Falls er getäuscht worden war, hätte er beim Auftreten von Renniecke und dem „Publikum“ die zahlreich vorhandene Polizei zu Hilfe rufen können, um die unter Vorspiegelung falscher Tatsachen zustande gekommene Veranstaltung auflösen zu lassen.

Während die Polizei für ein ungetrübtes braunes Faschingstreiben sorgte, hinderte sie die Antifaschistinnen an der Ausübung ihres demokratischen Rechts gegen die Nazis zu protestieren und zu demonstrieren. Dies werten wir nicht nur als Amtshilfe für die V-Leute des VS in der NPD, sondern auch als direkte Unterstützung für den Aufbau der NPD im Raum Sindelfingen/Böblingen, in dem sich unter anderem eines der größten Automobilwerke des Daimler Chrysler-Konzerns mit mehreren

tausend ausländischen Kolleginnen und Kollegen befindet. Wir nennen das Vorschub leisten für die Verbreitung der ausländerfeindlichen und rassistischen Propaganda der NPD.

Das Argument mit der Bewaffnung der jugendlichen Antifaschisten können wir nur als fadenscheinigen Vorwand ansehen, um das Verhalten der Staatsorgane zum Schutz des Volksverhetzers Renniecke zu rechtfertigen. Wir geben zu bedenken: Dort eine Veranstaltung mit über 200 Teilnehmern aus der rechten und faschistischen Szene, die für ihre Gewaltbereitschaft und massive Gewaltanwendung bekannt ist (nicht zuletzt in der Polizeistatistik dokumentiert); hier ein Häuflein von maximal 30 Antifaschisten, die bereits vielfach „Erfahrung“ mit brutalen Übergriffen der Nazis gemacht haben und am eigenen Leib erfahren haben, dass für sie kein polizeilicher Schutz gilt, im Gegenteil! Soweit ist es gekommen, dass Antifaschisten nur noch mit einer Ausrüstung zum Selbstschutz sich den Nazis entgegen zu stellen wagen. Wir befürworten keine Gewalt in der politischen Auseinandersetzung, aber die politisch Verantwortlichen tragen durch ihre Blindheit auf dem rechten Auge selbst maßgeblich dazu bei, dass die Wut unter den Antifaschisten und damit unkalkulierbare Reaktionen wachsen.

Die Schlussfolgerung für uns kann nur sein, Verbot der NPD jetzt und Verbot aller Naziumtriebe.

Die Auseinandersetzung um ein NPD-Verbot wird aufzeigen, wo die politisch Verantwortlichen nicht nur im Raum Sindelfingen/Böblingen stehen. Sie wird auch dazu beitragen, dass die Scheidelinie zwischen demokratisch und faschistisch deutlicher gezogen wird, dass links nicht gleich rechts ist, dass das Engagement zur Verteidigung von sozialen Rechten etwas anderes ist als die Abschaffung von Demokratie, dass Widerstand gegen die Naziideologie und gegen den Aufbau der sie tragenden organisatorischen Strukturen notwendig und gerechtfertigt ist, um nicht nur aus den leidvollen Erfahrungen der deutschen Geschichte zu lernen, sondern aktuell der Ausbreitung von Resignation, Politikverdrossenheit und Indifferenz entgegen zu wirken, die, wie damals, die Voraussetzung waren, der Nazibarbarei den Weg zu bereiten.

*Presseerklärung der VVN-BdA
Baden-Württemberg* ■

nonpd
NPD-Verbot jetzt!

Rechte Denkmalfreunde in Schwierigkeiten?

HAMBURG. Die beiden eng verbundenen, rechtslastigen Vereine „Bund für Denkmalerhaltung e.V.“ und „Verein zur Erhaltung des 76er Denkmals“ sind anscheinend in finanziellen Schwierigkeiten. Ende 2006 verstarb der langjährige Vorsitzende beider Vereine Hans-Joachim Prahl, der die treibende Kraft war und auf den viele Spender persönlich fixiert waren. Prahl, ehemaliges Mitglied einer „Kampfgruppe Wolz“ des Afrikakorps im Zweiten Weltkrieg, war in der Nachkriegszeit Abgeordneter der CDU gewesen und hatte durch seine guten Kontakte für ein hohes Spendenaufkommen gesorgt. So war der verstorbene Mäzen Alfred Töpfer Ehrenmitglied des 76er Vereins und der Immobilienmogul Willi Bartels spendete großzügig für die unter öffentlichen Protesten 2003 begonnene Illumination des Bismarckdenkmals in St. Pauli.

Über die Feierlichkeit schrieb Hans-Joachim Prahl damals auch stolz an die neofaschistische Nationalzeitung: „Wir haben die Beleuchtung mit 12 Scheinwerfern durchgeführt und dafür 35.000 Euro ausgegeben.“ Die Vereine kümmern sich zwar auch um einige wenige antifaschistische Mahnmale und ein paar politisch unverfängliche Monumente, in der Mehrheit stammen die Denkmäler jedoch aus vordemokratischen Zeiten (Bismarck-Denkmäler, Kaiser-Wilhelm-Denkmal) aus dem Faschismus (76er Denkmal am Dammtor, Askari-Relief der Lettow-Vorbeck-Kaserne) oder es sind umstrittene Krieger-Ehrenmäler in verschiedenen Stadtteilen. Auch finanziell liegt der

Schwerpunkt deutlich bei der Unterhaltung von Monarchie, Nationalismus, Krieg und Kolonialismus verherrlichenden Monumenten.

Statt 400.000 Euro, welche die Vereine von 1993-2003 für ihre Arbeit ausgegeben hatten, befanden sich 2006 nur noch zusammen 4.600 Euro in den Kassen. Die Lage wurde so prekär, dass die Kameraden, welche sich früher gerne in der Standortkommandantur der Bundeswehr trafen, ihr Büro jetzt bei der „Landmannschaft der Oberschlesier“ im Haus der Heimat einrichteten. Auch über Vergreisung und Mitgliederschwund gibt es Klagen, politisch blieb man sich jedoch bei der Wahl der neuen Vorstände treu:

1. Vorsitzender ist jetzt der Polizeibeamte Herbert Schlupp. Stellvertretende Vorsitzende wurde die Rechtsanwältin Ulrike Kosin, welche in den 80er Jahren zu einer Versammlung der verbotenen Viking-Jugend in Hamburg einlud, Anfang der 90er die NSDAP-verherrlichende Publikation „Die Neue Front“ bezog und später noch für die völkische „Junge Freiheit“ schrieb. Als Beisitzer fungieren u.a. Christian Brandes und Martin Rosenau von der berüchtigten „Burschenschaft Germania Hamburg“, die 2003 auch für Catering und Schutz bei der Illumination des Eisernen Kanzlers sorgte.

Sollte sich der Abwärtstrend der Vereine fortsetzen, werden kritische Kommentierungen und fantasievolle Verzierungen an Hamburgs umstrittensten Denkmälern zukünftig wohl länger erhalten bleiben.

erk ■

Protest gegen das Urteil von Leipzig

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat jetzt entschieden, dass in der Beschäftigung von Zwangsarbeitern sowie von Kriegs- und Strafgefangenen während des Zweiten Weltkriegs bei „anständiger Behandlung“ noch kein Verstoß gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit liege und dass darin auch kein schwerwiegender Missbrauch der Stellung oder ein erhebliches Vorschubleisten zugunsten des nationalsozialistischen Systems zu sehen sei. Damit wurde begründet, dass die Ausbeuter der Sklaven des NS-Regimes nicht durch die ostdeutschen und sowjetischen Behörden hätten enteignet werden dürfen. Die Ausbeuter hätten nunmehr Anspruch auf Entschädigung, obgleich sie während des Zweiten Weltkrieges auch Zwangsarbeiter sowie Kriegs- und Strafgefangene eingesetzt haben. Diese wurden sogar gezwungen, für die deutschen Luftwaffe und gegen ihre eigenen Länder Kriegsgerät zu produzieren. Damit sei nicht gegen die „Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen“ worden.

Die VVN-BdA NRW verurteilt den völkerrechtswidrigen, die Verbrechen der Wirtschaft in der NS-Zeit rehabilitierenden Spruch des Bundesverwaltungsgerichts. Zu Recht stellt die „Süddeutschen Zeitung“ am 2.3.07 fest: „... das Urteil drückt einen Rückschritt in das Denken der fünfziger Jahre aus, wie man es sich schlimmer kaum hätte ausmalen können.“ Die deutsche Justiz, die weder die Bestrafung der Täter vorgenommen hat, noch die Entschädigung der Opfer durchsetzte – sie schickt sich an, die Sklavenhalter für ihre Verbrechen auch noch zu belohnen. Dieses schreiende Unrecht darf nicht hingenommen werden. *Landesausschuss*

VVN-BdA NRW, 3. März 2007 ■

NPD - Niedersachsen unterliegt vor OVG

OLDENBURG. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hat endgültig entschieden, dass der NPD-Landesverband Niedersachsen seinen für den 11. März geplanten Landesparteitag nicht in den beantragten Räumen des Oldenburger Kulturzentrums PFL abhalten kann. Die Stadt habe in der Vergangenheit das PFL politischen Parteien nicht für parteiorganisatorische oder parteinterne Veranstaltungen überlassen, erklärte der OVG-Senat. Der NPD-Landesverband

könne sich daher nicht mit Erfolg darauf berufen, er müsse mit anderen Parteien gleich behandelt werden. Diese Entscheidung ist unanfechtbar. (Az. 10ME74/07)

Noch (2. März) ist nicht bekannt, auf welche Lokalität die NPD ausweichen wird. Das Forum gegen Rechts Oldenburg ist aber auf alle Variationen vorbereitet.

d.h. ■



Kundgebung auf dem Angoulemeplatz am 24.2. in Hildesheim

Extremismus-Vorwurf gegen General a.D. Günzel

BERLIN. Der SPD-Verteidigungsexperte Hans-Peter Bartels hat das Bundesverteidigungs- und das Bundesinnenministerium aufgefordert, die Pensionsansprüche des ehemaligen Chefs des Kommandos Spezialkräfte (KSK) Reinhard Günzel zu überprüfen. Grund ist das Buch „Geheime Krieger“, in dem Günzel und Wegener die von ihnen geführten Einheiten in die Tradition der Wehrmacht-Spezial-Division „Brandenburg“ stellen. Die „Brandenburger“ gelten laut Wehrmachtarchiv als „Wehrmachtsverband besonderer Art, der bewundernswürdige Leistungen vollbracht“ habe, aber auch als „Terrorverband“, auf dessen Konto „zweifelloso“ Kriegsverbrechen gingen. Zuletzt trat Reinhard Günzel beim Neujahrsempfang von „Pro Köln“ auf.

Kölner Stadt-Anzeiger 3./4. März 2007 ■

Mietek Pempers wurde am 1. März 2007 mit der Ehrenbürgerwürde der Stadt Augsburg geehrt. Neben den Alt-Oberbürgermeistern, die halbbautomatisch in dieser Weise ausgezeichnet werden, sind es in den letzten Jahren insbesondere Antifaschisten wie Anni Pröll, Ernst Cramer und Mietek Pempers, denen diese Würde verliehen wird. Das ist erfreulich, zumal Augsburg bereits 1946 die Ehrenbürgerschaft Hitlers gelöscht hatte.

Mietek Pempers wurde am 24. März 1920 im polnischen Krakau geboren und wuchs in einer jüdischen Familie zweisprachig deutsch-polnisch auf. Er wurde von März 1943 bis September 1944 als Häftling im Arbeitslager und späteren Konzentrationslager Krakau-Paszów gezwungen, für den Lagerkommandanten Amon Göth als Sekretär zu arbeiten. Göth ermordete oft ohne jeden Anlass Häftlinge persönlich und ließ anschließend ihre Familienangehörigen töten, damit keine Zeugen überlebten. „Ich möchte keine Unzufriedenen im Lager haben“, so Göths zynische Begründung (Mietek Pempers, „Der rettende Weg: Schindlers Liste – Die wahre Geschichte“, 2005, S. 75; alle folgenden Zitate aus diesem Buch).

Ausgangspunkt von Pempers Schilderung ist die Überlegung, wie Widerstand gegen einen so überlegenen Feind wie die deutsche NS-Herrschaft in Polen möglich wäre. „Eines war mir stets klar: Ich wollte Menschenleben bewahren, ohne zur Waffe greifen zu müssen“ (S. 10).

Pempers Taktik geht dahin, sich für die Nazis unentbehrlich zu machen, ohne sich dabei zu kompromittieren. Ab Sommer 1941 arbeitet er für den Judenrat in Krakau und „konnte so die deutsche Besatzungspolitik aus nächster Nähe verfolgen. Ich sagte mir schon damals: Wenn Juden sich überhaupt unentbehrlich machen können, dann nur in größeren Städten – eine Überlegung, die sich als richtig erwiesen hat“ (S. 45).

Sehr bewegend ist, wie der junge Pempers in seinem politischen Handeln immer wieder Kraft in lateinischen Zitaten findet, die er aus der Schule kennt, etwa Vergil, „Rerum cognoscere causas“, „man muss die Gründe der Dinge erkennen“ (S. 49). Es gelingt ihm, auch seine Eltern und seinen jüngeren Bruder ins Ghetto zu bringen und ihnen Arbeit in einem „kriegswichtigen“ Betrieb zu verschaffen (S. 50).

Im Februar 1943 sieht er erstmals Amon Göth, ein hünenhafter Mann von fast 2 m Größe (S. 56). Der schwächliche Pempers hatte offensichtlich körperlich keine Chance gegen Göth, und es kommt zum klassischen Irrtum des Vertreters der Unterdrückten, den Einfallsreichtum der Unterdrückten zu unterschätzen. Göth macht Pempers zu seinem Sekretär, weil der Kurzschrift, Deutsch und Polnisch

Mietek Pempers erfolgreiche Taktik unter der Naziherrschaft

| №№ | №№ | №№ | №№ | №№ | №№ |
|------|----|--------------|----|--------------|----|
| 651. | №№ | 652. | №№ | 653. | №№ |
| 654. | №№ | 655. | №№ | 656. | №№ |
| 657. | №№ | 658. Ju. St. | №№ | 659. Ju. St. | №№ |
| 660. | №№ | 661. | №№ | 662. | №№ |

Ein Auszug aus der berühmten „Schindlers Liste“. Der Name „Pempers, Mieczyslaw“ ist der sechste von unten.

kann. Pempers ist sich bereits seit der Kriegserklärung Hitlers gegen die USA am 11.12.1941 sicher, „dass Hitler keine Chance hatte, den Krieg zu gewinnen. Er konnte nicht die ganze Welt besiegen. Die Frage war nur, ob wir bis zu dieser Niederlage nicht schon alle vernichtet sein würden“ (S. 77).

Von „kriegswichtig“ zu „siegentscheidend“

Ab Herbst 1943 reicht es nicht aus, in „kriegswichtigen“ Betrieben zu arbeiten. Das neue Schlüsselwort der Nazis heißt „siegentscheidend“ (S. 95), und Pempers kann den Fabrikanten Oskar Schindler dazu überreden, von der Produktion von Textilien zu Granatenteilen überzugehen. Nur dadurch kann die Auflösung der Firma und damit die Vernichtung der dort arbeitenden Juden verhindert werden.

Über die Person von Schindler schreibt Pempers: „Vielleicht war es dem Einfluss seiner religiösen Erziehung, vielleicht der Erfahrung mit jüdischen Jugendfreunden aus der Nachbarschaft zu verdanken, dass er ein anderes Verhältnis zu uns geschundenen Kreaturen bekam. Jedenfalls sah ich im Sommer 1943 in Schindler den rettenden Weg, nach dem ich seit Kriegsbeginn gesucht hatte. Mit seiner Hilfe, dachte ich, müsste man versuchen, unsere Rettung zu organisieren. Niemand außer Schindler zeigte Interesse an unserem Schicksal. Sein Mut gab mir das Vertrauen in die Menschheit zurück. Wenn ich ihn im Lager traf, wusste ich, es gibt eine andere Welt, für die es sich lohnt zu leben“ (S. 103).

Pempers ist sich sicher, dass Göth ihn früher oder später erschießen wird. Aber Göth wird schließlich wegen Bereicherung in großem Stil von SS-Leuten angezeigt und verhaftet. Der Prozess wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit wird Göth nach dem Krieg in Polen gemacht: Ihm wird die Ermordung von 8000 Menschen im Lager Paszów zur Last gelegt. „Im Lager hatte er ein derartiges Schreckensregiment geführt, dass es ihm niemals in den Sinn gekommen wäre, jemand könnte es wagen – gar ein jüdischer Häftling! –, hinter seinem Rücken die geheime Lagerkorrespondenz, die an ihn gerichteten Fernschreiben und die amtlichen Aktennotizen zu lesen. Er hätte mich so-

Mietek Pempers in der Diskussion mit Schülern (2000)



fort erschossen, hätte er damals auch nur das geringste davon geahnt“ (S. 244-5).

Pempers ist der wichtigste Belastungszeuge – mit einer unwiderleglichen Genauigkeit der Erinnerung und ohne einen Schatten von Kompromittierung, die ihn im Prozess erpressbar gemacht hätte.

War es moralisch vertretbar, Granatenteile für Hitlers Krieg herzustellen? „Erst nach dem Krieg hörte ich, dass Schindler die Maschinen zur Produktion der Granatenteile von Zeit zu Zeit bewusst hatte falsch kalibrieren lassen. Wir haben mit unserer ‚Rüstungsproduktion‘ wohl kaum zur Weiterführung des Krieges beigetragen“ (S. 222).

In einer Zusammenfassung der Erfahrungen, die Pempers bei zahlreichen Diskussionen in Schulen machte, sagt er: „Es gibt eben häufig auch in den scheinbar ausweglosen Situationen eine – oft genug nur minimale – Wahlmöglichkeit, die verantwortungsvoll genutzt sein will, auch wenn man zunächst glaubt, es spiele für das Ergebnis keine Rolle. Stets wird es ganz still im Klassenzimmer, wenn ich betone, man solle Menschen danach einschätzen, wie sie sich in schwierigen Lebenssituationen verhalten, ob sie sich für andere einsetzen, anderen helfen oder nicht. Zweifellos spüren die Schüler: Wenn ich von politischer Beeinflussung, Manipulation oder gar Propaganda spreche, ist nicht nur von damals die Rede. Für unsere Demokratie sind produktives Querdenken, Selbstbestimmung und kritische Reflexion unverzichtbar ... Die Menschen werden sich erst dann höher entwickeln, wenn das Prinzip der individuellen Verantwortung Schule macht, wenn Nicht-Mitmachen zu einer Tugend wird und blinder Gehorsam an Wertigkeit verliert“ (S. 264-6).

Sein Schlusswort lautet: „Contra spem spero. Entgegen der Hoffnung hoffe ich“ (S. 268).

Mietek Pempers, „Der rettende Weg: Schindlers Liste – Die wahre Geschichte“, Hoffmann und Campe 2005, 21,- Euro

Alle (Präsidentschafts-)Wahljahre wieder, geht das gleiche Theater wieder los. Ähnlich wie im Frühjahr 2002, hat Jean-Marie Le Pen auch in diesem Jahr wieder Schwierigkeiten, die zu einer Kandidatur erforderlichen Unterschriften zusammenzubringen. Um zur Präsidentschaftswahl antreten zu können, benötigt ein/e Bewerber/in mindestens 500 Unterstützungsunterschriften von Bürgermeistern, Bezirks-, Regional-, nationalen oder Europaparlamentariern. Seit der Spaltung des Front National (FN) 1999, die die Partei damals die Hälfte ihrer zuvor ca. 300 Mandatsträger kostete, und später infolge der Wahlrechtsreform von 2003/04 verfügt die Le Pen-Formation heute über weniger Regionalparlamentarier als früher. Bürgermeister und Bezirksparlamentarier weist sie aufgrund des, für ihre Bestimmung geltenden, Mehrheitswahlrechts ohnehin nur in geringer Zahl bis gar keine auf. Auf einer Pressekonferenz am 1. März erklärte Jean-Marie Le Pen, ihm fehlten derzeit noch gut 100 Unterstützungsunterschriften, um antreten zu können. Vor kurzem hatte seine Umgebung noch getönt, der FN-Chef sei inzwischen bei 450 Unterschriften angekommen – aber anscheinend sind einige der Bürgermeister, die ihm zuvor ihre „Patenschaft“ (so der offizielle Titel) versprochen hatten, doch noch abgesprungen.

Seit Ende Februar wurde den Mandatsträgern, bei denen die Kandidaten in den vergangenen Monaten Vorab-Versprechungen gesammelt hatten, das offizielle Formular durch die Behörden zugestellt. Bis zum Freitag, 16. März haben sie nun Zeit, um ihre Unterschrift beim Verfassungsgericht (Conseil constitutionnel) einzureichen. Danach wird sich definitiv entscheiden, wer zur Wahl antreten kann. Und wer nicht!

In den Reihen der konservativen Regierungspartei UMP beginnt sich Unruhe darüber auszubreiten, was passiert, falls Le Pen je aus Mangel an Unterstützungsunterschriften nicht antreten könnte. Denn für diesen Fall befürchten sie, dass Le Pen sich (u.U. sogar durch einen zynischen Wahlauftritt für die Linksoption, „um richtig Chaos zu stiften“) an den jetzt Regierenden „rächen“ könnte. Damit hat er die UMP bereits bedroht, begleitet von der Forderung, die Regierung solle die Anonymität der Unterstützungsunterschriften anordnen. Letztere werden bisher (durch Veröffentlichung der ersten 500 im Amtsblatt bzw. Gesetzesanzeiger, sowie durch Aushang sämtlicher „Wahlpaten“ in den Räumen des Verfassungsgerichts) publik gemacht. So mancher Bürgermeister einer kleinen Kommune, der 2008 gern wiedergewählt werden möchte, dürfte aus diesem Grunde zögern, bevor er bei Le Pen unterschreibt.

In ihrer Wochenendausgabe vom 3./4. März berichtet die linksliberale Tageszeitung ‚Libération‘ über die Beunruhigung

Le Pen vor den Wahlen: Hätten Sie mal 'ne Unterschrift, bitte?

bei der konservativen Regierungspartei, unter dem Titel: „Die UMP weiß nicht, wie sie Le Pen helfen soll.“ Bisher hat die Partei jedenfalls kategorisch ausgeschlossen, Jean-Marie Le Pen eventuelle Gefälligkeitsunterschriften von Bürgermeistern aus ihrem Umfeld zukommen zu lassen: Er möge sich schon alleine abstrampeln. Gleichzeitig berufen sich konservative Politiker darauf, es sei eine „demokratische Anormalität“, wenn ein Kandidat, der schon einmal (2002) bis in die Stichwahl vorgezogen war, nicht an der Wahl teilnehmen könnte. Tatsächlich würde es kaum legitim wirken, wenn ein Kandidat wie Le Pen allein aufgrund der Nichterfüllung einer administrativen Vorschrift – die noch dazu wirklich einen undemokratischen „Filter“ darstellt – von der Wahl ausgeschlossen bliebe. Auch wenn man für ein Verbot der rechtsextremen Partei aus politischen, inhaltlichen Gründen eintreten würde, könnte man doch einen technisch-administrativen Ausschluss aus o.g. Grund für eine schlechte Sache halten.

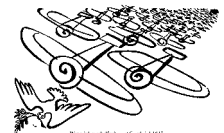
Inzwischen hat die „rechte Hand“ von UMP-Chef Nicolas Sarkozy, sein Berater im Innenministerium Brice Hortefeux, ein öffentliches Signal ausgesandt, das Le Pen vielleicht nutzen könnte. Er betonte in der Presse, eine Unterstützungsunterschrift (die oftmals v.a. zugunsten des politischen Pluralismus abgegeben wird) sei „nicht gleichbedeutend mit einer Unterstützung für den jeweiligen Kandidaten“. Jean-Marie Le Pen beruft sich nun auf diese Aussage, um seinerseits zögernde Bürgermeister mit dem Argument zu überzeugen, sie unterstützten nur seine Möglichkeit zu kandidieren, aber keinesfalls seine Inhalte oder sein Programm.

Unterdessen beschuldigt Jean-Marie Le Pen seinen Rivalen auf der politischen Rechten, den rechtskatholischen Grafen Philippe de Villiers, an seinem Ungemach Schuld zu tragen. Er und seine Leute versuchten, die Bürgermeister zu beeinflussen, damit sie nicht für ihn (Le Pen) unterschrieben.

Am vergangenen Freitag bezeichnete Le Pen den nationalkonservativen Grafen offen als den „schwarzen Baron“. Zudem attackierte Le Pen Unbekannte, die sich als Journalisten von Regionalzeitungen ausgäben, um die Bürgermeister vor einer Unterschrift für ihn zu warnen. In den ersten Märztagen hat Jean-Marie Le Pen Strafanzeige gegen de Villiers sowie 15 bis 20 Strafanträge gegen Unbekannt gestellt.

Handelt es sich am Ende nur um Theater, das Le Pen dazu dient, von sich reden zu machen (eine Wirkung, die er 2002 mit seinen Unterschriftproblemen erfolgreich erzielte)? Man könnte es bisweilen beinahe glauben, aber einige Fakten sprechen dagegen. So wurde Le Pens oberster Wahlbeauftragter Fernand de Rachinel vorige Woche dabei ertappt, wie er die Unterstützungsunterschriften von Bürgermeistern mit Geld zu erkaufen versuchte. Der Bürgermeister einer Kommune mit 530 Einwohnern am Ärmelkanal erklärte in ‚Le Parisien‘ vom 1. März, er habe von Le Pens Emissär Fernand de Rachinel einen Scheck in Höhe von 1.000 Euro erhalten; und fügte hinzu, im Vorfeld der Wahl von 2002 habe er für Le Pen unterschrieben und im Gegenzug (ungebeten) einen Scheck „für unser Veranstaltungskomitee“ über circa 750 Euro – damals noch in französischen Francs ausgestellt – bekommen. Dieses Mal wolle er aber nicht mehr unterzeichnen, dennoch sei ihm ungefragt ein Scheck ins Haus geflattert. De Rachinel hat inzwischen bestätigt, den Scheck – welchen der Bürgermeister (Roger Lechevalier) ihm per Post zurückgeschickt hat – wirklich ausgestellt zu haben, behauptet jedoch, dies habe „mit den Wahlen gar nichts zu tun“. Eine platte Entschuldigung, die kaum als glaubwürdig durchgehen dürfte. Wenn Le Pen und seine Berater solche Risiken eingehen, um an die begehrten Unterschriften heranzukommen, spricht dies nicht dafür, dass ihre Schwierigkeiten nur ein inszeniertes Theater darstellen.

BhS, Paris



Keine Tornados nach Afghanistan – Schluss mit den Bundeswehr-Auslandseinsätzen

WUPPERTAL. Mit einem Brief hat sich der Landesausschuss der VVN NRW an die Bundestagsabgeordneten gewandt. Darin heißt es: In wenigen Tagen soll eine Mehrheit im Deutschen Bundestag die Entsendung deutscher Tornados nach Süd-Afghanistan beschließen. 77 % der Deutschen lehnen dies ab (Forsa). Denn mit dieser Entscheidung überschreitet die Bundesrepublik eine weitere Grenze. Der Tornado-Einsatz wird die Bundeswehr noch mehr in den US-„Krieg gegen den Terror“ verstricken. Wohin dieser führt, sieht man im Irak, im Süden Afghanistans und – die Gefahr wird immer größer – bald im Iran. Längst ist doch deutlich geworden, dass mit Krieg und gewaltsamer Unterdrückung in der Welt nur noch mehr Hass und Gewalt gesät wird. Wir protestieren gegen diese Kriegspolitik! Wir appellieren an alle Bundestagsabgeordneten, das Hineinschlittern in den großen Krieg zu stoppen. Schluss mit allen deutschen militärischen Auslandseinsätzen.

Landesausschuss der VVN-BdA NRW, vvn-bdanrw@freenet.de ■

Von wem stammt diese irre anmutende Formulierung, ausgesprochen bei einer Pressekonferenz am 6. Februar 2007: „Würde er heute leben, dann würde Karl Marx dazu aufrufen, Le Pen zu wählen.“ Nun, versuchen wir zu raten: Horst Mahler? Nein, falsch getippt. Das wäre ihm zwar zuzutrauen, aber der ehemalige 68er setzt eher auf die deutsche NPD. Vorlieben für die französische Politik sind bei ihm zur Stunde nicht bekannt, und Sympathiewerbung im Ausland hat er bisher eher in Teheran als in Paris probiert. Noch ein Versuch: Justus Wertmüller? Auch daneben. Der Ideologe der neokonservativ-antitotalitären und verschrobenen Sekte der „Bahamas“ (Kernstück der so genannten „Antideutschen“, aus den Trümmern der westdeutschen Linken der 80er Jahre hervorgegangen) attestierte zwar Jean-Marie Le Pen in einem Artikel von 2003 „vernünftige Einwände gegen die unbremste Islamisierung“ französischer Unterschichtsviertel. Auch hielt er ihm zugeute, so wörtlich, eine „Kritik an einer irre gewordenen Gesellschaft“ vorgetragen zu haben, wenngleich „auf widerwärtigem Niveau“. (Also merke: Das Irresein liegt bei der Gesellschaft, die Kritik daran bei Le Pen, nur über Geschmack und Niveau lässt sich streiten; Quelle: „Bahamas“ Nr. 42.) Allerdings hat der sich selbst immer noch missbräuchlich „Kommunist“ schimpfende Herr, bislang noch nicht die Idee gehabt, Karl Marx mit Jean-Marie Le Pen in Verbindung zu bringen.

Aber nicht nur die deutsche Ex-Linke hat ihre Monster. Auch einige französische frühere Linke drehen ordentlich am Rad. Und mit diesen Worten wäre er auch schon treffend eingeführt: Alain Soral.

Alain Soral, ein politischer Geisterfahrer an der Seite Le Pens

Schon seit anderthalb Jahren werden die Le Pens – der bald 79-jährige Vater ebenso wie Marine, die 38-jährige Tochter und mögliche Nachfolgerin an der Parteispitze – von einem skandalumwitterten Schriftsteller namens Alain Soral beraten. Anfang Februar 2007 ist er nun hochoffiziell ihrem Wahlkampfstab beigetreten. Der Romancier, Jahrgang 1958, der vor allem durch seine antifeministischen, provokatorischen und teilweise pornographischen Schriften auffiel, gehörte bis in die frühen neunziger Jahre der französischen KP an. 1993 trat er aus der Partei aus. Danach ging er auf Abstand zur Linken, die in seinen Augen nicht mehr glaubwürdig den Wunsch nach radikaler sozialer Veränderung verkörpern konnte. Den Niedergang der KP vor allem in den Banlieues beschrieb er in einem 2002 erschienenen Buch (*Jusqu'ou on va descendre. Abécédaire de la bêtise ambiante*, also „Bis wohin wir herabsinken werden. ABC der umgebenden Dummheit“) und führte ihn dabei vor allem auf die Immigration zurück. Letztere habe zu einem Austausch der altansässigen Arbeiterschaft

Jean-Marie Le Pen auf der Suche nach dem „revolutionären Votum“ (für ihn)

durch eine subproletarische und multinationale Bevölkerung geführt. Faktoren wie die Veränderung der Arbeitsverhältnisse selbst blendet Soral dabei völlig aus. Ebenso wie die Tatsache, dass auch zu Zeiten rauchender Fabrikschloten in den Banlieues – die damals noch Arbeitervorstädte und von Industrieansiedlungen geprägt waren – deren Bevölkerung bereits zu einem Gutteil aus Einwanderern bestand.

Neben der Einwanderung als angebliche Ursache des Niedergangs für den Partei-kommunismus bekämpft Soral vor allem die „Feminisierung“ der Gesellschaft, die er in seinem zweiten zentralen Buch als „antidemokratisches Komplott“ darzulegen versucht. Alles in allem verkörpert Soral die Gedankenwelt einer politisch desorientierten Fraktion der Arbeiterschaft, die durch die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten 15 Jahre völlig in die Defensive geraten ist. Und die sich sowohl aufgrund des Wegfalls sozialer Garantien und aufgrund der neoliberalen Umwälzungen, als auch aufgrund gesellschaftlicher Modernisierungerscheinungen (Selbstbewusstsein der aufwachsenden zweiten bzw. dritten Immigrantengeneration und der jungen Frauen u.ä.) nicht mehr zurecht findet, sondern mit dem Rücken an der Wand wöhnt. Der Wegfall traditioneller Industriearbeitertätigkeiten in der Produktion und der Platz der Frauen in der Arbeitswelt hindern diesen Typus von „Proleten“ daran, ihren an Muskelkraft und „Arbeitsethos“ gekoppelten Produzentenstolz auszuleben.

Für jenen Teil der Arbeiterschaft, der seinen eigenen Platz in der Gesellschaft vor allem darüber (statt über kollektive Solidarität, die aus der Stellung im Produktionsprozess erwuchs) definierte, muss dies in der Tat verwirrend und niederschmetternd wirken. Bei einem Typen wie Soral, der auch eine „Soziologie des Anbaggerns“ (*Sociologie du dragueur*) verfasst hat, können daraus Kastrationsängste, eine Form von Sozialneid gegen Einwanderer mit anderem kulturellem Background und sonstige Komplexe emporwachsen.

Das „missing link“ zwischen Dieudonné und Le Pen

Jetzt betreibt Soral also Wahlkampf für Le Pen. Der Schriftsteller hat sich bereits in den letzten anderthalb Jahren als Bindeglied zwischen dem ebenfalls ex-linken Theatermacher Dieudonné M'bala – der unter seinem Vor- und Künstlernamen bekannt und persönlich mit Alain Soral befreundet ist – und Jean-Marie Le Pen betätigt. Der schwarze Franzose Dieudonné hat sich seit circa 2004 nach rechts zu radikalisieren begonnen, nachdem er in der Öffentlichkeit durch judenfeindliche Äußerungen

aufgefallen war. Am Anfang motivierte ihn dabei vor allem eine Form von „Opferkonkurrenz“ – durch die Erinnerung an die Shoah monopolisierten die Juden den Opferstatus, und angeblich deshalb schweige man zu den Verbrechen der Sklaverei und des Kolonialismus. Nachdem Dieudonné jedoch wegen seiner Ausfälle unter Druck geraten war, hat er sich seither in ein paranoides antisemitisches Weltbild hineinzu-steigern begonnen: Aufgrund einer Art Verschwörung würde er in den Medien zum Schweigen gebracht. Seit einem halben Jahr hat Dieudonné sich jetzt offen an Le Pen angenähert. Die Grundlage dafür ist eine Mischung aus punktueller ideologischer Gemeinsamkeit, einem Gefühl der „Solidarität unter Verfolgten und Verfemten“ – die Dieudonné ausgerufen hat –, Lust an der Provokation und Sucht nach Publicity. Jean-Marie Le Pen ist zurückhaltender bei der Annäherung als Dieudonné, da Teile seiner Basis ihm gemeinsame Fotos mit dem Schwarzen, früheren Le Pen-Gegner und ehemaligen Antirassisten übel nehmen könnten.

Dieudonné dürfte zwar heute nur bei einem sehr geringen Teil der zwei Millionen französischen Staatsbürger, die schwarzer Hautfarbe sind, Anklang finden. Aber er trägt dazu bei, in migrantischen und sozial marginalisierten Bevölkerungsteilen politische Verwirrung zu stiften.

„Kandidat aller Unzufriedenen“

Auf Anraten von Alain Soral hin umwirbt Le Pen nun das „revolutionäre Votum“ in den Sozialghettos der französischen Banlieues. Da sich beobachten lässt, dass die Frustration gegen Polizeigewalt und rassistische Diskriminierungspraxis sich stark personifiziert auf den konservativen Kandidaten und Innenminister Sarkozy fokussiert hat, versucht Le Pen sich seinerseits als den „Kandidaten aller Unzufriedenen“ anzubieten – und zwar inzwischen auch den Franzosen migrantischer Herkunft. Das ist zwar insofern total widersprüchlich, da das am Wochenende des 24./25. Februar publizierte Wahlprogramm Le Pens weiterhin die „Kosten der Einwanderung“ für alle sozialen Probleme verantwortlich macht, eine „Umkehrung der Migrationsströme“ – von Frankreich weg, in Richtung Rückkehr in die Herkunftsländer – propagiert und zudem alle unbefristeten in befristete Aufenthaltsgenehmigungen verwandeln möchte. Zudem sollen sowohl migrantische Lohnabhängige als auch ihre Arbeitgeber erhöhte Sozialbeiträge abführen und Sozialwohnungen künftig nur für französische Staatsbürger reserviert werden.

Dennoch vervielfacht Le Pen zugleich die Gesten an die Adresse einer möglichen

migrantischen Wählerschaft. In der vorletzten Woche besuchte er einen Friedhof in der Picardie, wo ehemalige chinesische „Kulis“ beerdigt liegen, die im Ersten Weltkrieg den Armee der französisch-britischen Entente dienten. Neu ist es zwar nicht, dass Le Pen auch „Waffenbrüder“ unterschiedlicher Hautfarbe, die in militärischen Konflikten – vor allem in den Kolonialkriegen – mit dem Gewehr auf Seiten Frankreichs kämpften, mitunter in die „nationale Gemeinschaft“ einbezieht. Dies ist die koloniale Prägung seines Rassismus, was bei jüngeren Kadern der extremen Rechten wie etwa Bruno Mégret - die eher an ein „rein weißes“ Frankreich glauben wollen – auch früher schon Widerspruch hervorrief. Aber dass Le Pen symbolisch auch „Kulis“ ehrt, die 1918 in der Armee die Pferde fütterten und die Züge entluden, ist nicht nur für ihn neu. Man hat es im Wahlkampf auch bei keinem anderen Kandidaten gesehen. Zudem legt Le Pen Wert darauf, zu betonen, dass er zwar jegliche Neueinwanderung nach Frankreich unterbinden und viele hier lebende Einwanderer zurückschicken möchte – dass er aber nicht die Einwanderer persönlich für die „katastrophale Immigrationspolitik“ verantwortlich mache, sondern die „antinationalen Lobbies“, die dahinter stünden.

Sowohl eine Zeitschrift für afrikanischstämmige Schwarze in Frankreich ('Africa International', Ausgabe vom Januar 2007) als auch die neue französisch-marokkanische Hochglanzzeitschrift 'Le Courrier de l'Atlas' (Nummer vom Februar 2007) widmeten jüngst dem scheinbaren Werben Jean-Marie Le Pens um „ihre“ Bevölkerungsgruppen längere Artikel. Beide kommen jedoch zu dem Ergebnis, dass nur kleinere Ränder der schwarzen bzw. maghrebinischstämmigen Bevölkerung in Frankreich sich tatsächlich von den Schalmeienklängen Jean-Marie Le Pens anziehen ließen. Im 'Courrier de l'Atlas' stellt der französisch-jüdische Publizist und Rechtsextremismusspezialist Jean-Yves Camus fest, dass jeweils 4 bis 5 Prozent der französischen Moslems und der französischen Juden für Le Pen stimmten. Das war allerdings auch früher schon so, nicht erst seit Le Pens neuestem Diskurs. Ein kleiner Teil der in Frankreich lebenden Araber schwenkte wegen Le Pens Pro-Irak-Position im Jahr 1991 auf seine Seite ein. Und ein ebenso kleiner Teil der französischen Juden ist schon seit dem Algerienkrieg und dem französisch-britisch-israelischen Überfall auf Ägypten 1956 – in Frankreich als „Suezexpedition“ bekannt – positiv zu Le Pen eingestellt: Le Pen war als freiwillig dienender Offizier in Suez dabei.

Und da er damals schon als Abgeordneter der „Poujadisten“ – einer kleinbürgerlichen Anti-Steuer-Protestbewegung mit antisemitischen Untertönen – im Parlament saß, war er hinreichend prominent.

Dass Jean-Marie Le Pen damit ein Einbruch in migrantische Wählerschichten gelingen würde, ist – jedenfalls als Massenphänomen – absolut nicht zu vermuten. Aber zwei Effekte wird er möglicherweise erzielen. Erstens hat die Tatsache, dass bestimmte Ränder auch in minoritären Bevölkerungsgruppen – verkörpert durch Dieudonné – plötzlich Le Pen zu unterstützen scheinen, ihn in den Augen seiner potenziellen „weißen“ Wählerschaft noch stärker „entdiabolisiert“. Wenn selbst ein schwarzer „Mischling“ wie Dieudonné ihm Recht zu geben scheint – wer wird da noch seinen Wählern Rassismus vorwerfen können?

„Das System zum Explodieren bringen“?

Zum Zweiten hat sich bei einigen jungen Wählern in den Banlieues zumindest die Haltung durchgesetzt, dass man jedenfalls in einem – derzeit äußerst hypothetischen – Stichwahlgang „Sarkozy gegen Le Pen“ eher für den Zweiten als für den Erstgenannten stimmen werde. Dies hört man derzeit jedenfalls des öfteren. Begründet wird es in der Regel damit, dass von Le Pen nur Sprüche kämen, während Sarkozy konkrete Verantwortung für das Handeln der Polizei trage und deswegen schlimmer sei. Dieudonné seinerseits fügt hinzu, er glaube nicht länger, dass Le Pen Rassist sei; falls dies aber der Fall sei, dann ziehe er „den ehrlich auftretenden Rassisten gegenüber den verkniffenen Rassisten“ im bürgerlichen Lager vor. Zudem sind viele junge Wähler der Auffassung, dass im Falle eines Wahlsieges Le Pens dieser ohnehin nicht regieren könne – mangels Mehrheit im Par-

lament, wo zur Zeit kein einziger Abgeordneter des FN sitzt –, dies aber unzählige Demonstrationen wie 2002 auslösen würde. Dann, so hört man, würde es wenigstens mal anständig knallen, und „das System würde explodieren“.

So hatte ein schwarzer Rapper, „Rost“, im Oktober 2006 verkündet, im Falle eines Duells Sarkozy/Le Pen würde er sich gegen Sarkozy und also für Le Pen entscheiden. Allerdings darf man darauf auch wieder

keine Zustimmung zum FN-Chef ableiten, was hemmungslos übertrieben wäre. Am vorletzten Donnerstag hat Rust mit einer Delegation von Rappern und Trabantenstadt-Jugendlichen auch Jean-Marie Le Pen getroffen. Die junge Truppe hatte allerdings verlangt, alle Kandidaten und Kandidaten zur Präsidentschaftswahl zu treffen, um ihnen Fragen vorzulegen. Und so konnte sie auch Jean-Marie Le Pen ihre Fragen stellen, da dieser den Termin eilig akzeptiert hatte. Die Stimmung war dabei freilich eher getrübt. Rost, der ein T-Shirt mit der Aufschrift „Dieses Frankreich gehört auch uns“ trug, und seine Truppe hatten Le Pen auch Fragen nach seiner „faschistoiden Partei“ und nach seinen Ausfällen wie etwa dem unappetitlichen Wortspiel „Durafour-Crématoire“ gestellt. „Durafour-Crématoire“ war ein berühmtes öffentliches Wortspiel Le Pens im Jahr 1988: Durafour ist der Name eines damaligen jüdischstämmigen liberal-konservativen Ministers, und „four-crématoire“ bedeutet nichts anderes als „Verbrennungsofen“.

Als Rost dann auch noch eine Frage nach Kindern, die mit ihren Eltern in Abschiebehaftanstalten sitzen und aus Frankreich „entfernt“ werden sollen, und nach dem Wahlrecht für Immigranten aufwarf, war der Zapfen ab. „Ich hatte den Eindruck, dass Le Pen das Schicksal dieser Kinder total gleichgültig war“ erklärte Rost am Ausgang des Treffens. Eine politische Liebeserklärung blieb also aus.

Dennoch ist diese Art von blinder und bewusstloser Pseudo-Polarisierungsstrategie gefährlich, zumal wenn keinerlei organisierte Gegenmacht gegen die Rechte im Falle eines Wahlsieges vorhanden ist. Allerdings ist auch der Einfluss Jean-Marie Le Pens zum heutigen Zeitpunkt, genau wie der der beiden anderen „großen“ Kandidaten, ein pures Medienprodukt, und nicht das Ergebnis einer in den Stadtvierteln und Betrieben präsenten, durchstrukturierten „Bewegung“. Nur noch über rund 10.000 Mitglieder soll der FN laut dem Politologen Erwan Lecoeur verfügen – nachdem das Vorgehen Le Pens gegen Kader, die seinem Machtanspruch gefährlich hätten werden können, bedeutende Aderlässe für den Mitgliederbestand der Partei hervorrief. Vor der groben Parteispaltung von Anfang 1999 besaß der FN noch, gerichtlich festgestellt, 42.000 Mitglieder.

Damals versuchte die extreme Rechte noch, eigene „Gewerkschaften“ zu gründen und tendenziell die Straße zu erobern. Was Le Pen heute in der französischen Gesellschaft darstellt, verdankt er dagegen zum Großteil dem Fernsehen, ähnlich wie Ségolène Royal und Nicolas Sarkozy. Und dass der Rechtsextreme im Alleingang gegen alle anderen politischen Kräfte – in schroffer Opposition gegen das konservative Lager und nicht im Zusammenwirken mit Teilen von ihm – gewinnen könnte, scheint zum Glück vollkommen ausgeschlossen.

Bernhard Schmid, Paris ■

Seminare

1. - 3.6.07, Hannover
Hirnforschung & Konstruktivismus

8. - 10.6.07, Hannover
Die Politik von Open.Source

15. - 17.6.07, Berlin
Kritik des Kapitalismus

28.6. - 1.7.07, Berlin
Kulturkampf & Integration

18. - 15.7.07, Göttingen
Kritik der Medienmanipulationstheorie

Junge Linke.de

150 afghanische Familien von Abschiebung bedroht „... als wären wir ein Haufen Nichts“

HAMBURG. Ganz hat es angesichts der knappen Mobilisierungszeit von weniger als einer Woche nicht gereicht. Dennoch wurde der Versuch, am Nachmittag des 19. Februar eine Menschenkette um die Binnenalster zu bilden, zu einer eindrucksvollen Aktion gegen die drohende Abschiebung von 150 afghanischen Familien. Schätzungsweise über 1.500 Schülerinnen und Schüler beteiligten sich mit unzähligen selbst gemalten Transparenten und Plakaten an der Kette, die knapp vier Fünftel der mehr als zwei Kilometer rund um die Binnenalster abdeckte. Sie wurden unterstützt vom GEW-Bleiberechtsausschuss, von zahlreichen Lehrerinnen und

Der Verzicht auf die Abschiebung würde, so verbreitete er sich im „Hamburger Abendblatt“, „unsere Gesellschaft insgesamt überfordern“. Aus ordnungspolitischen Gründen setzt er Menschenleben aufs Spiel.

Seit die Abschiebungen im Oktober/November letzten Jahres angekündigt wurden, können verzweifelte Eltern und Hunderte Kinder und Jugendliche, die in Hamburg geboren wurden oder schon Jahre hier leben, vor Angst kaum noch schlafen. Der 19-jährige Omid Sadeghi, der wenige Wochen vor Erreichen seines Schulabschlusses abgeschoben werden soll, sprach aus, was alle bewegt:



Lehrern, von den Vorsitzenden mehrerer Hamburger Gewerkschaften, dem Flüchtlingsrat, der Flüchtlingsbeauftragten der Nordelbischen Kirche, dem Hamburger Bundestagsabgeordneten der Linken und vielen anderen. Unmittelbarer Anlass ist die Sitzung der Härtefallkommission, die am 22.2. zum zweiten Mal über die Abschiebung der Familien tagen wird. Auf ihrer ersten Sitzung im Dezember hatte sie das Thema vertagt, den Familien war damit ein kurzer Aufschub gewährt.

Hamburg ist das bisher einzige Bundesland, das Familien ins afghanische Kriegsgebiet abschieben will. Auch vom jüngsten Urteil des Verwaltungsgerichts, das die Hamburger Behörde aufforderte, die Abschiebung einer afghanischen Familie auszusetzen aufgrund der „extremen Gefahrenlage wegen Mangel an Wohnraum, Nahrungsmitteln und Gesundheitsversorgung“, lassen sich Innenminister Nagel und Bürgermeister von Beust bisher nicht beirren. Nagel bestreitet kalt ein „generelles Rückkehrhinder- nis nach Afghanistan“.

„Wir sollen in das Land zurück, wo wir alles verkauft und aufgegeben haben, wir sollen in ein Land zurück, das keinerlei Sicherheit bietet, in ein Land, das für uns nichts anderes als den Tod bietet. Seit Tagen kann keiner in unserer Familie ruhig schlafen. Die Angst, wieder dem Elend in Afghanistan gegenüber zu stehen, lässt uns keine Minute in Ruhe. Über uns wird einfach so entschieden, als wären wir ein Haufen Nichts.“

Doch hat sich seit den ersten Abschiebungsankündigungen auch ein breiter Widerstand entwickelt, dessen Rückgrat die Schulen sind. Auf einer gut besuchten Veranstaltung der GEW Anfang Februar berichteten Lehrer und Schüler von Schulen, in denen Kinder und Jugendliche von der Abschiebung betroffen sind, von einer beeindruckenden Vielzahl von Aktionen: So wurden insgesamt wohl Tausende von Petitionen an die Bürgerschaft geschickt, Schülerinnen und Schüler mehrerer Schulen führten schon vor Wochen eine Demonstration durch, sammelten in der Innenstadt Unterschriften, schufen ein Netzwerk aller betroffe-



nen Schulen, machten große Wandzeitungen, sammelten Geld für die rechtliche Unterstützung und bereiteten jetzt die Menschenkette vor. Bischöfin Jepsen, Nordelbische Kirche, sprach sich deutlich gegen die Abschiebung aus. Die Bürgerschaftsfraktion der GAL führte eine öffentliche Anhörung durch, der Bundestagsabgeordnete Norman Paech lud afghanische Familien ins übervolle Wahlkreisbüro ein. Die Hamburger Medien üben Kritik, sogar die Springer-Presse findet kein Verständnis für die Abschiebung, und auch der CDU-Ortsverein Altona äußerte öffentlich Widerspruch. Vier Hamburger Bundestagsabgeordnete aus der Linken, den Grünen und der SPD veröffentlichten zusammen mit dem Hamburger ver.di-Vorsitzenden und der Flüchtlingsbeauftragten der Nordelbischen Kirche den Hamburger Appell Keine Abschiebungen von Familien nach Afghanistan!, den bisher viele hundert Einzelpersonen und Organisationen unterzeichnet haben (www.hamburger-appell.de).

All das lässt die Behauptung nicht als übertrieben erscheinen, dass die übergroße Mehrheit der Bevölkerung in Hamburg die Abschiebung nicht will. „Es ist höchste Zeit“, appelliert Norman Paech in einer jüngsten Erklärung, „dass Ole von Beust von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch macht und den Flüchtlingen Bleiberecht gewährt. Nagels Politik ist ebenso gnadenlos menschenfeindlich und ignorant gegenüber grundlegenden Rechtsprinzipien wie die seines Mentors Schill. Sie ist unerträglich für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, die einst für ihre Weltoffenheit bekannt war.“

Christiane Schneider ■

Regierungskoalition plant weitere Verschärfungen im Ausländer- und Einbürgerungsrecht

Vor zwei Jahren ist das Zuwanderungsgesetz in Kraft getreten. Es sollte ursprünglich den Weg ebnen vom Ausländerabwehrrecht in eine Gesellschaft, die Einwanderung gestaltet, Integration fördert und Flüchtlinge besser schützt. Diese Ziele wurden verfehlt! Heute zeigen sich die Mängel des Zuwanderungsgesetzes immer deutlicher. Das Ausländerrecht ist weitgehend Gefahrenabwehrrecht geblieben: Die Zuwanderungsmöglichkeiten sind eng begrenzt, Integrationspolitik wird auf den Erwerb von Deutschkenntnissen reduziert und die humanitären Regelungen für Flüchtlinge greifen nicht. In allen Bereichen bleibt das Gesetz hinter dem zurück, was ein modernes Zuwanderungsrecht leisten muss.

Mit dem „Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union“, der in der Fassung vom 8. Februar 2007 vorliegt, soll nunmehr eine umfassende Änderung des Zuwanderungsgesetzes erfolgen. Begründet wird sie mit der Umsetzung von 11 EU-Richtlinien, deren Umsetzungsfrist teilweise bereits ausgelaufen ist. Der Gesetzentwurf enthält teils gravierende Veränderungen des Aufenthaltsgesetzes und anderer ausländerrechtlicher Vorschriften.

In der öffentlichen Diskussion konzentriert sich die Aufmerksamkeit zur Änderung des Zuwanderungsrechts vor allem auf die Frage einer Bleiberechtsregelung. Nicht im öffentlichen Bewusstsein ist, dass der aktuelle Stand des Gesetzentwurfs weitgehende Verschärfungen im Zuwanderungsrecht vorsieht. PRO ASYL, der Interkulturelle Rat in Deutschland und der Deutsche Gewerkschaftsbund lehnen die Verschärfung des Zuwanderungsrechts ab: Nicht Welttoffenheit und Toleranz prägen diese Politik, sondern grundsätzliches Misstrauen und der Geist der weiteren Abschottung. Die Verschärfungen in dem Gesetzentwurf reihen sich ein in beabsichtigte oder bereits realisierte Maßnahmen, die vorgeblich der Integration dienen sollen, tatsächlich aber Migranten und Flüchtlinge ausgrenzen.

Interkultureller Rat, PRO ASYL und der DGB kritisieren vor allem:

1. Einschränkung des Ehegattennachzugs
2. Integrationskurse: Lernen unter Zwang
3. Einbürgerungsvoraussetzungen
4. Forscher – eine Berufsgruppe wird in zusätzliche Abhängigkeit gedrängt
5. Verstärkte Abschottung gegen Flüchtlinge
6. Flickschusterei im Flüchtlingsrecht

7. Besonders bedürftige Personen erhalten nicht die notwendigen Hilfen
8. Körperliche Eingriffe zur Altersfeststellung
9. Verschärfung des Ausweisungsrechts
10. Verlust des Aufenthaltsrechts bei Widerruf des Abschiebungsschutzes
11. Auch weiter Kettenduldungen.

Quelle: *flucht mailing list - flucht@nds-fluerat.org* ■

BRD verstößt gegen Diskriminierungsverbot

Die Kommission Asyl der deutschen Sektion von pax christi hat eine Stellungnahme zum 5. Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland nach Art. 16 und 17 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte 2006 vorgelegt.

Mit dieser Stellungnahme weist die Kommission Asyl auf gravierende Missstände in der Situation von „geduldeten“ Flüchtlingen und Menschen ohne Aufenthaltsstatus, sog. „Illegale“, hin.

Die Rechte, die der Internationale Sozialpakt gewährleistet, gelten für alle Menschen, unabhängig von ihrer Nationalität und ihrem Aufenthaltsstatus. Das beinhaltet das Diskriminierungsverbot in Art. 2. des Internationalen Paktes.

Gegen das Diskriminierungsverbot des Paktes verstößt Deutschland mit allen Einschränkungen, die Flüchtlingen seit Verschärfung der Asylgesetze 1993 auferlegt wurden und der Nichtanerkennung grundlegender wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte für Menschen ohne Aufenthaltsstatus.

Art. 2 (3) des Internationalen Sozialpaktes gestattet nur Entwicklungsländern - unter gebührender Berücksichtigung der Menschenrechte und der Erfordernisse ihrer Volkswirtschaft - zu entscheiden, inwieweit sie Personen, die nicht ihre Staatsangehörigkeit besitzen, die in diesem Pakt anerkannten Rechte gewähren können. Diese Ausnahmemöglichkeit trifft sicher nicht auf die Situation der Bundesrepublik Deutschland zu.

Die Stellungnahme untermauert die Kritik mit zahlreichen Fallbeispielen, die zum Schutz der Betroffenen anonymisiert werden.

Quelle: *Newsletter der pax-christi-Bewegung - flucht mailing list nds* ■

Integrationsbeauftragte für enge gesetzliche Regelung beim Bleiberecht

BERLIN. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU) plädiert dafür, nur denjenigen Langzeitgeduldeten eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, die auch eine Arbeitsstelle nachweisen können. Bleiberecht und Arbeit müssten zusammengehören. Die SPD hatte sich demgegenüber um eine Lö-

sung für diejenigen bemüht, die sich erfolglos um Arbeit bemüht haben. Gleichzeitig sprach sich Frau Böhmer dafür aus, die Zuwanderung ausländischer hochqualifizierter Fachkräfte zu erleichtern. Damit wird deutlich, dass die Nützlichkeitsideologie auch das Amt der Integrationsbeauftragten erfasst hat, das unter allen Vorgängerinnen und Vorgängern eine Bastion gerade auch der humanitären Belange war. Man sitzt eben nicht folgenlos direkt im Kanzleramt. Frau Böhmer hält den Kettengeduldeten, die zur Zeit noch keine Arbeit gefunden haben, vor, sie müssten eben mobil genug sein, um sich bundesweit zu bewerben und Arbeit überall anzunehmen. Mit den Problemen der Betroffenen, nach jahrelanger Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt einen Job zu finden und den Nebenwirkungen der Residenzpflicht, ist Frau Böhmer offenbar nicht vertraut. Ihre Mahnungen klingen so volksnah wie Marie Antoinette, die dem hungern den Volk von Paris geraten haben soll, doch Kuchen statt Brot zu essen. Die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag empfahl der Integrationsbeauftragten: „Statt munter nachzuplappern, was ihr Parteikollege Wolfgang Schäuble vertritt, sollte sich Frau Böhmer lieber intensiv mit der rechtlichen Lage Geduldeter auseinandersetzen, wie es ihr Amt von ihr verlangt“. Wer denjenigen mit Abschiebung drohe, die keine Arbeit finden könnten, mache Menschen erpressbar und nehme ihnen Arbeitnehmerrechte.

aus: *News letter 120 1/07 pro asyl* ■

Kopftuchverbot bestätigt

BAYERN. Der bayerische Verfassungsgerichtshof hat das im Jahr 2004 verabschiedete gesetzliche Verbot eines Kopftuchs im Unterricht für verfassungskonform erklärt. Der bayerische Landtagsabgeordnete Bernd Weiß nahm dies allen Ernstes zum Anlass, muslimischen Lehrerinnen vorzuschlagen, alternativ einen Hut zu tragen. Nach Medienmeldungen sagte er: „Damit tragen wir dem religiösen Verhüllungsbedürfnis der Lehrerin Rechnung und ein Hut kann im Gegensatz zum Kopftuch von Schülern auch nicht als Symbol für die Unterdrückung von Frauen verstanden werden.“ Bekanntlich kann nach Auffassung der CSU dem religiösen Verhüllungsbedürfnis von Lehrerinnen durch das Tragen eines Ordenshabits Rechnung getragen werden, der nämlich mit der bayerischen Landesverfassung in Übereinstimmung zu bringen ist und nach Auffassung des Landesverfassungsgerichts auch nicht als Symbol für verfassungsfeindliche Werte wie die Diskriminierung von Frauen verstanden werden kann. Der konstruktive Vorschlag von Bernd Weiß geht allerdings noch nicht weit genug. Er müsste konse-

quenterweise ergänzt werden durch eine bayerisch-katholische Kleiderordnung für Schulen, die den Glaubensgemeinschaften die zulässigen Kopfbedeckungen zuordnet. Sollen also muslimische Lehrerinnen „alternativ einen Hut tragen“, dann käme für Hindus möglicherweise ein Trachtenhütchen mit Gamsbart in Frage, für Protestanten eine Bärenfellmütze und für auch im Freistaat noch gelegentlich vorkommende AgnostikerInnen die bayerische Variante des mittelalterlichen Ketzerhutes.

Quelle: Newsletter Nr. 120 –
Pro Asyl Januar 2007 ■

Bleiberecht umsetzen, Abschiebungen aussetzen

BREMEN. Am 22. Februar wird in der Bremer Bürgerschaft über den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Bleiberechtsregelung entschieden. Unter die Bleiberechtsregelung, die im November 2006 von der Innenministerkonferenz verabschiedet wurde, könnten in Bremen grundsätzlich ca. 1.300 Geduldete fallen, die seit mehr als 8 Jahren in Bremen leben bzw. seit mehr als 6 Jahren und Kinder im Kindergarten oder im schulpflichtigen Alter haben. Bis zum 31.1.07 wurden jedoch lediglich 265 Anträge auf eine entsprechende Aufenthaltserlaubnis gestellt. Nur 27 davon wurden bisher laut Ausländerbehörde Bremen positiv entschieden.

Die Bedingungen der Bleiberechtsregelung sind für die meisten Geduldeten nur schwer zu erfüllen: Sie berücksichtigt keine humanitären Gründe, sondern billigt nur denen ein Bleiberecht zu, die ihren Lebensunterhalt auf Dauer für die gesamte Familie sichern können. So haben z.B. kinderreiche Familien, deren Eltern keine hoch bezahlten Stellen haben, keine Chance. Ein weiterer Hinderungsgrund ist, das ein gültiger Pass vorgelegt werden muss. Selbst dort, wo Botschaf-

ten die Passausstellung nicht grundsätzlich verweigern, werden die dafür notwendigen Dokumente nicht in jedem Fall bis zum Ablauf der Frist am 30.9. zu beschaffen sein. Der Flüchtlingsrat Bremen fordert eine großzügige Auslegung der Bleiberechtsregelung, die der Lebenswirklichkeit der Betroffenen gerecht wird.

Flüchtlingsrat Bremen fluechtlingsarbeit@kirche-bremen.de ■

Wieviel muss ein Flüchtling verdienen, um bleiben zu können?

Niedersachsen setzt das Bleiberecht – anders als andere Bundesländer – familienfeindlich um und verlangt auch von Familien mit Kindern als Bedingung für ein Bleiberecht den Nachweis eines Einkommens, das höher ist als der theoretische Anspruch auf Sozialleistungen. Während in anderen Bundesländern ein ergänzender Bezug von Sozialleistungen auch über das Kindergeld hinaus bei Familien zugelassen wird, ist dies in Niedersachsen nicht der Fall. Viele Kommunen weigern sich, den Betroffenen das Mindesteinkommen zu berechnen.

Modellrechnungen des Diakonischen Werks Celle zufolge kommt eine Familie mit drei Kindern etwa auf ein nachzuweisendes Nettoeinkommen in Höhe von 1.500 Euro, eine Familie mit fünf Kinder muss 1.800 Euro nachweisen. Derartige Einkommen können von Flüchtlingsfamilien oft nicht erzielt werden. Zu prüfen ist daher auch, ob ggf. ein Kinderzuschlag in die Rechnung einbezogen werden könnte. Dies sieht der Ausführungserlass des niedersächsischen Innenministeriums zwar bislang nicht ausdrücklich vor, sollte aber gegenüber den Ausländerbehörden eingefordert und ggf. auch gerichtlich geltend gemacht werden.

gez. Kai Weber flucht@nds-fluerat.org ■

UNHCR-Hilfsappell zum Irak

In einem UNHCR-Hilfsappell zum Irak vom 8. Januar 2007 heißt es: „UNHCR geht davon aus, dass aufgrund der fortwährenden Gewalt weiterhin mit Massenflicht und Vertreibung von Irakern zu rechnen ist. Der aktuelle Exodus stellt die größte längerfristige Fluchtbewegung im Nahen Osten seit der Vertreibung der Palästinenser nach der Gründung Israels 1948 dar. Ungefähr jeder achte Iraker ist derzeit auf der Flucht. Immer mehr Menschen fliehen vor der wachsenden konfessionell motivierten, ethnischen aber auch allgemeinen Gewalt.“ Der Dresdener Rechtsanwalt Michael Ton beschäftigt sich in einer Mail vom 10. Januar 2007 mit dem Status ausreisepflichtiger Iraker. Er kritisiert insbesondere, dass die Lagebeschreibung zum Irak von den Behörden des Freistaats Sachsen (wie auch anderswo, PRO ASYL) systematisch ignoriert werde. Iraker würden in Deutschland so behandelt, als handle es sich beim Irak um ein normales Land. Standesämter verlangten im Eheschließungsverfahren oder bei der Beurkundung von Geburten allerlei aktuelle Dokumente von den irakischen Heimatbehörden, die Ausländerbehörden in bestimmten Fällen die Durchführung des Visumsverfahrens, die Einbürgerungsbehörden die Bestätigung irakischer Behörden über den Verzicht auf die irakische Staatsangehörigkeit. Nach seiner Auffassung wäre es sinnvoll, wenn sich die Innenministerkonferenz auf eine Länder- und gruppenspezifische Bleiberechtsregelung für irakische Staatsangehörige verständigen könnte. Das allerdings scheint nach den Erfahrungen der letzten Jahre mit der Unwilligkeit der IMK, Abschiebestopp- oder Bleiberechtsregelungen zu beschließen, eher illusionär.

Quelle: Newsletter Nr. 120 Januar 2007
Pro asyl ■

„Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen“ (1993 bis 2006) 14. aktualisierte Auflage der Dokumentation – Neu erschienen!

Die Zahl der Flüchtlinge, die in der BRD Asyl beantragten, war 2006 mit 21.000 die niedrigste seit 1983. Zugleich wurden bei 30.756 Entscheidungen des Bundesamtes nur 251 Personen als Asylberechtigte anerkannt (0,8 %). 1.097 (3,6 %) Menschen erhielten einen Abschiebeschutz nach § 60 Abs.1 des Aufenthaltsgesetzes.

Die vorliegende Dokumentation beschreibt in fast 5000 Einzelgeschneissen die Auswirkungen des staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus auf die Betroffenen. Auf Flüchtlinge, die gehofft hatten, in diesem Land Schutz und Sicherheit zu finden, und letztlich an diesem System zugrunde gingen oder zu Schaden kamen. Die jährlichen Zahlen der Dokumentation sind im Vergleich – nicht – sinkend, sondern bleiben konstant. Auszugehen ist von einer wesentlich höheren Dunkelziffer.

Die Dokumentation umfasst den Zeitraum vom 1.1.1993 bis 31.12.2006.

170 Flüchtlinge starben auf dem Wege in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen, davon allein 127 an den deutschen Ost-Grenzen, 138 Flüchtlinge töteten sich angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen, davon 50 Menschen in Abschiebehaft, 669 Flüchtlinge haben sich aus Angst vor der Abschiebung oder aus Protest gegen die drohende Abschiebung (Risiko-Hungerstreiks) selbst verletzt oder versuchten, sich umzubringen, davon befanden sich 399 Menschen in Abschiebehaft, 5 Flüchtlinge starben während der Abschiebung. 25 Flüchtlinge kamen nach der Abschiebung in ihrem Herkunftsland zu Tode, 67 Flüchtlinge verschwanden nach der Abschiebung spurlos. 67 Menschen starben bei Bränden oder Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte, 744 Flüchtlinge wurden z.T. erheblich verletzt, 13 Menschen starben durch rassistische Angriffe auf der Straße.

Die Dokumentation umfasst zwei Hefte. Beide Hefte zusammen kosten 15 Euro plus 3,20 Euro Porto & Verpackung. HEFT 1 (1993 - 1999) 6 Euro für 174 S. - HEFT 2 (2000 - 2006) 10 Euro für 230 S. plus je 1,60 Euro Porto & Verpackung. Bestellung: www.ari-berlin.org/doku/

Buchbesprechung

„Die populistische Lücke“ von Jörg Flecker und Sabine Kirschenhofer

Der Untertitel „Umbrüche in der Arbeitswelt und Aufstieg des Rechtspopulismus am Beispiel Österreichs“.

Im Mittelpunkt des 170 Seiten umfassenden Buches steht das Ergebnis von insgesamt 32 ausgewerteten Interviews, von denen 8 ausführlich dargestellt werden.

Die Interviewten kommen aus drei Gruppen, die sich in unterschiedlicher Weise vom sozio-ökonomischen Wandel in Österreich betroffen sehen: Zehn Befragte, denen durch die Veränderungen eher ein Aufstieg gelang, elf, die sich von einem Abstieg bedroht sehen und elf, die durch die jüngsten Veränderungen in die Prekarität abgerutscht waren.

Für die Verfasser „besteht zwischen der Betroffenheit vom sozio-ökonomischen Wandel und autoritär-ausgrenzenden politischen Reaktionen kein notwendiger Zusammenhang“. Das belegen sie dadurch, dass sie in allen drei Gruppen Personen vorfinden, die eine geringe bis zu einer hohen Empfänglichkeit für Rechtspopulismus aufweisen.

Den LeserInnen wird dadurch deutlich, dass sowohl die Hinwendung, wie die Nicht-Hinwendung zum Rechtspopulismus ein Ergebnis ziemlich komplexer Erfahrungszusammenhänge ist. Die eher anspruchsvolle Bezeichnung der „Komplexität“ nur einer Meinung zuzugestehen, die gleich, oder zumindest ähnlich der eigenen ist, die Gegenmeinung aber eher als „primitiv“ zu titulieren, das lassen Jörg Flecker und Sabine Kirschenhofer für keine Meinung zu. Ihre Interviews bezeugen, wie die Herkunft der Interviewten aus unterschiedlichen kulturellen und politischen Traditionen, die von

ihnen erlebten Veränderungen im sozio-ökonomischen Bereich, wie auch im politischen System, das Verhalten einzelner politischer Akteure, wie auch das aller Parteien auf dem politischen Parkett zusammen mit ihren ganz persönlichen Schicksalen in ihre politische Meinungsbildung einfließen und Meinungsbildung weit davon entfernt ist, ein linearer Prozess von Ursache zu Wirkung zu sein.

Und was ist nun die Titel gebende populistische Lücke?

Es ist die Nicht-zur-Kenntnisnahme und Nicht-Thematisierung der Sorgen, Ängste und Erfahrungen der „kleinen Leute“ durch die öffentliche Meinung und die Politik.

Es ist die Lücke in der öffentliche Wahrnehmung von Problemlagen, wie des mit dem Kampf um den Aufstieg und dem Erhalt des Status quo verbundenen Arbeitleids, in Form von Überstunden, grenzenloser Flexibilität jeglicher fehlenden Sicherheit; es sind die Ängste, Unsicherheiten und Ohnmachtsgefühle derer, die sich durch Auslagerung und Einwanderung vom Abstieg bedroht sehen und es ist die Wut der Abgestiegenen über die erlittene Ungerechtigkeit ihres Ausschlusses und der Unmut über die fehlende Anerkennung und Würdigung der erbrachten Leistung. Alle Frauen beklagen zusätzlich die öffentliche Ignoranz gegenüber der Doppelbelastung und der ständig sinkenden Entlohnung von Frauen.

Und am Beispiel der FPÖ wird gezeigt, wie diese Lücke von rechtspopulistischen Strömungen, wie man will, klug oder primitiv, auf jeden Fall unterschiedlich wirkungsvoll, ausgenutzt wird.

So ist es auch mit der öffentlichen Lücke in den Deutungsmustern über die Ursachen der erfahrenen Veränderungen. Während allgemein von Phänomenen



der Globalisierung gefaselt wird, denen mit lebenslangem Lernen und erhöhter Flexibilität zu begegnen ist, was den Ort, die Zeit und den Umfang der Arbeitsbereitschaft angeht, personifizieren die Rechtspopulisten die für das Problem Verantwortlichen: Arbeitslose, Migranten und Politiker. Im rechten Diskurs erhalten sie Leistungen ohne zu leisten und sind die Ursache für die soziale Schiefelage des Landes.

Den Lebensgeschichten voraus gehen zwei Kapitel in denen die Autoren den sozio-ökonomischen Wandel in der österreichischen Besonderheit darstellen und in einigen Thesen den Bogen schlagen zu den Veränderungen in der österreichischen Parteienlandschaft und der rechtspopulistischen FPÖ im Besonderen.

Das Phänomen der Hinwendung und Nicht-Hinwendung zum Rechtspopulismus aus der abstrakten wissenschaftlichen Ebene, aber untermauert mit wissenschaftlichen Methoden, in unser alltägliches Erleben geholt zu haben, ist das Riesenverdienst dieses Buches – und das macht es nichts aus, ob wir in Deutschland oder Österreich sind.

Ich könnte mir vorstellen und würde auch hoffen, dass nach der Lektüre dieses Buches ein allzu schnelles „der vertritt rechte oder ausländerfeindliche Ansichten, da diskutiere ich erst gar nicht mit“, einem aufmerksamen Hinhören und sorgsamem Argumentieren über die eigenen Erfahrungen weicht, mit dem man zu einem anderen Standpunkt gelangt ist. Ansonsten muss man sich fragen, wieweit man nicht selbst ein Teil der „populistischen Lücke“ ist, die dann von anderen gefüllt werden kann.

pb ■

Jörg Flecker und Sabine Kirschenhofer, Die populistische Lücke, Edition Sigma, Berlin 2007, 15,90 Euro

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: <http://www.antifaschistische-nachrichten.de>
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg-Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmär Wölk.

Merz enttäuscht – Elite gesucht

Junge Freiheit Nr. 8/07 vom 16. Februar 2007

Der angekündigte Rückzug von Friedrich Merz aus der Parteipolitik der CDU weckt Hoffnungen am rechten Rand. *Doris Neujahr* nimmt das im Blatt zum Anlass, einmal niederzuschreiben, was denn eine neue rechte Partei zu tun habe: „Aufgabe einer Partei rechts von der CDU müsste es unter anderem sein, den Egalisierungsprozess umzukehren, den Mut zu Unterschieden zu demonstrieren, Anforderungen zu erhöhen, um auch den Sozialstaat wieder auf feste Füße zu stellen. Doch eine solche Partei hätte vermutlich weniger Chancen als noch die WASG, denn die kulturelle Hegemonie ist ganz klar sozialstaatlich-egalitär – das heißt links – definiert!“ Als sei diese Gesellschaft nicht bereits hoch differenziert und genau das Gegenteil von egalitär. Der Differenzierung widmet sich auch der Chefredakteur *Dieter Stein*: „Deshalb wird auch den Konservativen gebetsmühlenartig der Begriff ‚vermufft‘ (aktueller Spiegel) angehängt, während eine ideologische Gesellschaftsverändererin wie Ursula von der Leyen als ‚modern‘ bejubelt wird, die jetzt erklärte, in bezug auf die Rolle von Mann und Frau ‚jahrhundertealte Stereotypen aufknacken‘ zu wollen. Wenn etwas jedoch ‚vermufft‘ ist, dann das derzeit laufende Programm einer Gehirnwäsche, mit der die sozialistische Utopie im Gewand von ‚Gleichstellungsgesetzen‘ verwirklicht werden soll.“

Auseinandersetzung um NPD

Junge Freiheit Nr. 9/07 vom 23. Feb. 2007
Das rechte Institut für Staatspolitik hat sich einer „konservativen Bestandsauf-

nahme“ gewidmet. Chefredakteur Dieter Stein will sich von der NPD abgrenzen: „Stein plädierte nicht für Gesprächsverbote, betonte aber, wenn überhaupt müsse die Auseinandersetzung mit der NPD offensiv geführt werden. Hierbei sehe er jedoch nur ‚einen einzigen Weg‘, nämlich ihren ‚katastrophalen geschichtspolitischen Ansatz‘ bloßzustellen: ‚Sie sieht sich unumwunden in der Tradition des Nationalsozialismus, sie will den vermeintlich guten Kern des Dritten Reiches retten, in ihren Publikationen verhöhnt sie den nationalkonservativen Widerstand, in dessen Tradition wir uns sehen, und feiert Otto Ernst Remer, der den 20. Juli 1944 niedergeworfen hat, als Helden.‘ Nicht desorientierte Jugendliche in mitteleuropäischen Problemgebieten seien das Hauptproblem der NPD, sondern ‚dass sie in ihren intellektuellen Köpfen an der Spitze repräsentierende Milieu‘, das jedem positiven nationalen Ansatz nicht nütze, sondern schade. Die NPD sei infolgedessen ‚ein politischer Gegner‘, so Stein.

Deutsche Konservative kandidieren in Bremen

Junge Freiheit Nr. 10/07 vom 2. März 2007
Joachim Siegerist tritt mit der Wählergemeinschaft „Bremen muss leben“ bei der Bürgerschaftswahl am 13. Mai an. Das Blatt berichtet: „Für Siegerist und seinen Verein, als dessen Bremer Landesverband die Wählerinitiative fungiert, bedeutet der Wahlantritt einen tiefen Einschnitt. Während die Deutschen Konservativen in der Vergangenheit zumeist Lobbyarbeit im vorpolitischen Raum be-



trieben haben, stellen sie sich nun auf offener Bühne dem politischen Schlagabtausch – mit allen Konsequenzen. ‚Wenn wir scheitern, ist das auch für mich persönlich eine Niederlage‘, sagt Siegerist ...“ Er verfügt für den Wahlkampf auf jeden Fall über erhebliche Mittel, denn er hat bereits zweimal alle 300.000 Bremer Haushalte anschreiben lassen: „Mit den sehr persönlich gehaltenen Briefen will er die Wähler von den Zielen seiner Gruppierung überzeugen, die mit den Schlagworten ‚Sicher, Sauber, Schuldenfrei‘ in den Wahlkampf geht.“ Siegerist will bei Erfolg auch in Hamburg und womöglich bundesweit kandidieren.

uld ■

Unterstützung für Mehdorn

Nationalzeitung Nr. 8 vom 16. Februar 2007

Das Blatt greift die Diskussion um die Ausstellung „11000 jüdische Kinder – Mit der Reichsbahn in den Tod“ auf und schwingt sich wortreich zum Unterstützer für Bahnchef Mehdorn auf. Seine Argumente, die Bahnhöfe seien kein Ausstellungsort, die Deutsche Bahn kein Rechtsnachfolger der Reichsbahn usw., seien alle richtig. Niemand könne der Deutschen Bahn AG als Eigentümerin und Hausherrin deutscher Bahnhöfe diktieren, was sie zu dulden habe, schreibt Autor Bruno Wetzels, um seine grundsätzliche Haltung zum Gedenken an NS-Verbrechen gleich generell noch nachzuschieben: „Im übrigen mangelt es im heutigen Deutschland zwar an manchem, ganz sicher aber nicht an Mahnmalen, Gedenkstätten und Ausstellungen, die an NS-Unrecht gemahnen. Man muss ja schon fürchten, dass es bald keinen öffentlichen Platz mehr gibt, an dem nicht heutige und künftige Generationen mit deutscher Schuld aus längst vergangener Zeit konfrontiert werden – während Millionen der Siegerwillkür zum Opfer gefallene Deutsche eines Gedenkens nicht für würdig befunden werden.“

Für die Landtagswahlen in Bremen trommelt das Blatt für Spenden, man wolle die dortige „starke Position mit einem sensationellen Ergebnis ausbauen“. In Bremen wird am 13. Mai gewählt, die DVU hat hier im Rahmen des „Deutschlandspakts“ den Vortritt vor der NPD. Allerdings ist Konkurrenz auf der Rechten hinzukommen, was (hoffentlich) das Ergebnis schmälern könnte.

u.b. ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro

Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro

Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro

Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro

Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name:

Adresse:

Konto-Nr. / BLZ

Genauere Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507

Erscheinungsweise:
14-täglich

Die Spendenkampagne 2006 für die Antifaschistischen Nachrichten hat 170,- Euro ergeben. Vielen Dank allen Spenderinnen und Spendern!